119. Mittwoch den 23. Mai 1860. 119.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1½ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Im Namen Sr. Maj. des Königs haben Se. K. Hoh. der Prinz-Regent Allergnädigst geruht, mich zum Ober-Präsidenten der Provinz Posen zu ernennen. — Demgemäß habe ich heute die Ober-Präsidial-Geschäfte übernommen, und bringe dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Posen, den 18. Mai 1860.

Der Oberpräsident der Provinz Posen.

v. Bonin.

Berlin, 23. Mai. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem Oberst-Lieutenant Zimmermann, aggregirt dem Generalstabe der Armee, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, und dem zweiten Direktor des Prediger-Seminars zu Wittenberg, Professor Dr. Lommatzsch, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie den Sergeanten Hentschel und Wagner im Kaiser Alexand Grenadier-Regiment, das Militär-Ehrenzeichen zweiter Klasse zu verleihen.

Der bisherige Kreisgerichts-Rath Rosenkranz zu Bromberg ist zum Rechtsanwalte bei dem Kreisgerichte zu Bromberg, unter widerruflicher Einräumung der Praxis bei dem Appellationsgerichte daselbst und zugleich auch zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Bromberg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bromberg und mit der Verpflichtung ernannt worden, künftig statt seines bisherigen Titels den Titel „Justiz-Rath" zu führen.

Der Notar Peterson zu Bromberg ist zugleich zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte in Bromberg, mit widerruflicher Einräumung der Praxis bei dem Appellationsgerichte daselbst, ernannt worden.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Karl von Preußen ist am 20. d. von Stettin hier eingetroffen.

Angekommen: Se. Exzellenz der General der Infanterie, General-Adjutant Sr. Majestät des Königs und kommandirender General des 6. Armee-Korps, von Lindheim, von Stockholm.

Telegramme der Posener Zeitung.

Karlsruhe, Dienstag 22. Mai. Die Regierung hat heute der Zweiten Kammer sechs Gesetzentwürfe, betreffend die Regelung der kirchlichen Verhältnisse, vorgelegt.

Bern, Dienstag 22. Mai. Frankreich hat den Mächten neue Vorschläge in Bezug auf die savoyische Angelegenheit gemacht. Das französische Gouvernement zeigt sich in derselben zu einer Uebereinkunft betreffs der Grenzfeststellung zwischen Meilleria und Col de Ferret geneigt, will sich verpflichten, keine Festungen in einem gewissen Theile Savoyens zu bauen und keine Kriegsschiffe auf dem Genfer See zu unterhalten.

London, Dienstag 22. Mai, Morgens. Die heutige „Morning Post" sagt: Die Majorität im Oberhause gegen die Papiersteuer-Vorlage umfaßt so viele Anhänger der Regierung, daß das Votum nicht als ein Parteisieg betrachtet werden könne, das Ministerium nehme daher die Entscheidung des Oberhauses an und werde die Steuer aufrecht erhalten.

Die heutige „Times" sagt, daß die neapolitanische Armee bei Palermo durch die Garibaldianer eine vollständige Niederlage erlitten habe.

Konstantinopel, Montag 21. Mai, Abends. Der französische Botschafter, Marquis de Lavalette, wurde heute in feierlicher Audienz durch den Sultan empfangen. Eine Ansprache, welche Herr v. Lavalette an hier wohnende Franzosen richtete, hat die heutige Börse sehr verstimmt und ein beträchtliches Steigen der Wechselkurse hervorgerufen.

(Eingeg. 23. Mai 8 Uhr Morgens.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 22. Mai. [Das französisch-russische Bündniß; der Landtagsschluß; ein Briefdiebstahl.] Während man noch immer über die augenblicklichen Absichten Rußlands bei Wiedererweckung der orientalischen Frage im Unklaren ist, tauchen bestimmtere Angaben über die Grundlagen des russisch-französischen Bündnisses auf. Man erfährt, daß Frankreich und Rußland schon seit der bekannten Stuttgarter Zusammenkunft sich über gewisse Pläne verständigt haben, deren Ziel im Wesentlichen darauf hinausläuft, daß Rußland der ihm durch den Vertrag von 1856 angelegten Fesseln entledigt werden soll, während der Kaiser der Franzosen auf eine gründliche Revision der Verträge von 1856 Anspruch macht. Beide Mächte haben sich verpflichtet, die darauf gerichteten Bestrebungen durch gegenseitige Hülfsleistung zu fördern. Zunächst hat Rußland durch seine Haltung während des italienischen Krieges und durch die unzweideutige Begünstigung der Annexionspläne Frankreichs seine Zusage erfüllt. Nichts ist daher begreiflicher, als daß Fürst Gortschakoff eine Gegenleistung fordert und einstweilen den „Schmerzensschrei der Christen im Orient" auf die Tagesordnung stellt. Der Erfolg dieser Agitation wird hauptsächlich davon abhängen, ob die Pforte im Stande sein wird, die mit Sicherheit zu erwartenden Unruhen rechtzeitig und ohne Anwendung grausamer Gewaltmaaßregeln zu unterdrücken. — Gestern ist im Ministerrath beschlossen worden, den Termin für den Landtagsschluß schon auf morgen (Mittwoch, 23. Mai) anzusetzen. Nach den bis jetzt getroffenen Vorbereitungen wird der Prinz-Regent in Person den Schlußakt vollziehen. Es ist vielfach die Ansicht verbreitet gewesen, daß eine Stelle des Landtagsabschiedes bestimmte Ausdrücke der Rüge über den Widerstand des Herrenhauses gegen die wichtigsten Regierungsvorlagen enthalten werde. Heute wird mir versichert, daß man an höchster Stelle jede irgendwie verletzende Wendung vermeiden will, und es ist daher wahrscheinlich, daß die Thronrede nur das Bedauern über die Unfruchtbarkeit der Session betonen wird. — Vor einigen Tagen war vielfach die Rede von einem angeblichen Depeschendiebstahl. Jetzt erfährt man, daß allerdings auf einem bisher noch nicht endeckten Wege ein Schreiben des Prinz-Regenten an den Prinzen-Gemahl von England zur Kenntniß des Kaisers der Franzosen gelangt ist, und zwar ein Schreiben, welches keine freundschaftliche Gesinnung für die Bonapartenwirthschaft bekundet. Der französische Gesandte soll sich bei Herrn v. Schleinitz bemüht haben, eine Ableugnung der Aechtheit des Briefes oder eine Entschuldigung zu erlangen; seine Schritte sind aber ohne Erfolg geblieben.

(Berlin, 22. Mai. [Reise des Prinz-Regenten; Verschiedenes.] Das Neueste, was ich Ihnen heute zu melden habe, ist die Reise des Prinz-Regenten nach Trier, zur Eröffnung der Saarbrücken-Trierer Eisenbahn. Bisher wurde diese entschieden in Abrede gestellt, und nun steht sie seit heute Mittag fest. Was den Prinz-Regenten zu diesem Entschluß gebracht, weiß ich nicht, man ergeht sich aber darüber in allerhand Vermuthungen. Die Abreise erfolgt am Donnerstag früh auf der Anhalter Bahn über Frankfurt a. M., Mainz, Kreuznach ꝛc. In der Begleitung des Prinz-Regenten befinden sich der Hofmarschall Graf Pückler, der Generalmajor v. Alvensleben II., die Adjutanten Oberstlieutenant v. Schimmelmann und Hauptmann v. Steinaecker und der Hofrath Borck. Nach den Eröffnungsfestlichkeiten begiebt sich der Prinz-Regent zu seiner Gemahlin nach Baden-Baden, verlebt dort das Pfingstfest und kehrt alsdann wieder hierher zurück. Zur Eröffnung der Bahn sind bereits heute Abend der Generalpostdirektor Schmückert und der Geheime Oberpostrath Philippsborn nach Trier abgereist, und dorthin folgen morgen um dieselbe Zeit die Minister v. d. Heydt, Simons, Graf Schwerin, v. Patow, Graf Pückler und v. Bethmann-Hollweg und die Ministerialdirektoren v. d. Recke, Hübener und Delbrück. Wie schon gemeldet, werden die Minister v. d. Heydt, Simons und v. Bethmann-Hollweg das Pfingstfest am Rhein feiern, die übrigen Herren kehren gleich nach den Eröffnungsfeierlichkeiten wieder hierher zurück. Der Fürst von Hohenzollern wird am Donnerstag Abend Berlin verlassen. — Die Nachricht von dem Sturz des Prinz-Regenten bestätigt sich; der Prinz-Regent hat aber selber erklärt, er sei nie so weich und sanft gefallen. Zum Glück brach der Sporn ab, und der Prinz-Regent fiel seitwärts und nicht unter das Pferd. — Heute war große Parade in Potsdam; der Prinz-Regent hatte sich schon gestern Abend nach Babelsberg begeben und dorthin fuhren heute Morgen die noch hier anwesenden Prinzen, der Prinz August von Württemberg, der Prinz Peter von Oldenburg mit seinen beiden Söhnen, der Prinz Solms, der Generalfeldmarschall v. Wrangel, die Generalität, der französische Militärbevollmächtigte Graf Beaulincourt und andere Militärs. — Der Prinz-Regent traf um drei Uhr von Potsdam hier ein, nahm zunächst einige Vorträge entgegen, hielt darauf Tafel, zu der auch der Prinz Peter von Oldenburg, der General v. Lindheim, von Stockholm zurückgekehrt, und andere hohe Offiziere Einladungen erhalten hatten. Nach Aufhebung der Tafel arbeitete der Prinz-Regent noch mit dem Fürsten von Hohenzollern und den Ministern v. Auerswald und v. Schleinitz, und nahm alsdann an der Korsofahrt im Thiergarten theil, bei der auch fast die sämmtlichen Mitglieder der königl. Familie, der Prinz Peter von Oldenburg, der Herzog Wilhelm von Mecklenburg, die hessischen Prinzen, die Fürsten Radziwill, die Minister, die Gesandten und andere Personen von Rang in eleganten Equipagen erschienen. Morgen Vormittag ist hier und zwar im Thiergarten, wie im Jahre 1846, große Parade; um 2 Uhr erfolgt der Schluß des Landtags durch den Prinz-Regenten im Weißen Saa'e des Schlosses, und um 3 Uhr ist solenne Militärtafel. — Der Großfürst Nikolaus hat seine Ankunft auf Donnerstag angemeldet, und an demselben Tage trifft auch die Großfürstin, von Petersburg über Königsberg kommend, hier ein und geht nach kurzem Aufenthalt weiter zur Kaiserin Mutter nach Wildbad. — Die Königin Victoria von England kommt in den beiden nächsten Monaten nicht nach Potsdam. Der englische Gesandte Lord Bloomfield reist nämlich heute über 8 Tage mit seiner Gemahlin nach London, wo jetzt die Ballfestlichkeiten beginnen und bleibt zwei Monate fort. Hat bis dahin die Königin ihre Reise nicht ganz aufgegeben, so kehrt der Gesandte in ihrer Begleitung hierher zurück. — Eine polizeiliche Bekanntmachung räth den Wollverkäufern an, ihre Wolle zum diesjährigen Wollmarkte erst am ersten Markttage, am 19. Juni, hier eintreffen zu lassen. Sie ersparen sich dadurch unnöthige Kosten, da vor dem 19. Juni die Verwiegung der Wolle, die Ausstellung der Waagescheine und das Auslegen der Wolle in den Straßen und Plätzen nicht gestattet werden.

Y Berlin, 22. Mai. [Finland, sein Landtag und seine Staatsverhältnisse; Ernteberichte; Trinkhalle und Kaltwasserheilanstalt in Charlottenburg.] Die Schweden bewahren noch immer lebendige Theilnahme an den Verhältnissen des sechs Jahrhunderte mit ihnen vereint gewesenen, 1809 durch den Traktat von Friedrichsham an Rußland abgetretenen Finland. Es war eine Stockholmer Zeitung („Aftonbladet"), die vor Kurzem zuerst die Nachricht brachte, daß die Einsetzung eines Landtags für Finland nun als Thatsache zu betrachten sei. Vorgestern brachten Briefe aus Petersburg die Bestätigung dieser wichtigen Mittheilung. Die in einem dieser Schreiben befindliche darauf bezügliche Stelle ist von so allgemeinem Interesse, daß sie wohl verdient, in einer deutschen Zeitung wiederholt zu werden. Es heißt da: „Das russische Kaiserreich hat in neuerer Zeit verschiedene Erwerbungen von Ländern gemacht, deren Bewohner, ohne daß sie sich unter der neuen Herrschaft unglücklich fühlen, doch mit großer Vorliebe ihre alte Nationalität aufrecht zu erhalten bemüht sind. Zu ihnen gehört ganz besonders das Großfürstenthum Finland. Einzelne Bezirke dieses Landes, das an Areal viele Königreiche übertrifft, aber im Verhältniß zum großen Raum von 6400 Q. M. nur eine spärliche Bevölkerung (1,690,000 Seelen) hat, kamen schon zu Anfang und in der Mitte des vorigen Jahrhunderts an Rußland. Man stellt oft das Großfürstenthum in die Reihe der übrigen Provinzen und Gouvernements des Reichs. Das ist aber keineswegs der Fall, sondern es bildet einen mit Rußland vereinigten, unter demselben Regenten stehenden Schutzstaat, dessen alte eigenthümliche Verfassung durch die Manifeste Alexanders I. bei der Besitznahme und später durch seine Nachfolger (unter dem 24. Dezember 1825 und 3. März 1855) bestätigt wurde. In der Verfassung ist die jährliche Einberufung des Landtages nach Helsingfors vorgesehen. Die konstitutionelle, von allen drei Ständen zu beschickende Versammlung besteht zu Recht, aber trotz wiederholter Erinnerungen ist die Einberufung nicht erfolgt, obgleich sich die oberste verwaltende Zivil- und Justizbehörde, der Senat, oft dahin ausspricht, daß die Entscheidung schwebender wichtiger Fragen, die das Großfürstenthum ausschließlich betreffen, dem Landtage aufbehalten bleiben müsse. Im vorigen Herbst wurde dem Kaiser amtlich unter Vermittelung des Minister-Staatssekretärs Grafen Alexander Armfeld eine Denkschrift mit der Bitte um Einberufung des Landtags überreicht. Sie hat eine gute Aufnahme bei Alexander II. gefunden, und einige Monate später erfolgte die Zusicherung wenn auch nicht für 1860, doch für 1861. Welche Vorlagen aber dieser restaurirte Landtag erhalten, und wie weit ihm eine Mitwirkung an oder auf die gesetzgebende Gewalt, auf die Bestimmung und Vertheilung der Steuern u. s. w. vergönnt sein wird, und wie weit er dem Riksdage Schwedens oder dem Storthing Norwegens nur einigermaßen ähnlich sein wird, dürfte bei den russischen Regierungsprinzipien schwer zu bestimmen sein. In vieler Beziehung sind die Verhältnisse Finlands denen des Königreichs Polen ähnlich. Wie dieses seinen Namiestnik (Statthalter), so hat jenes einen Generalgouverneur. Dort ist dieser höchste Beamte Vorsitzer des Verwaltungsrathes, hier Vorsitzer des Senates, dessen Mitglieder die Bureauchefs und Vorsteher der verschiedenen Zentralbehörden, der geheimen Kanzlei, der Rechnungskammer, der militärischen, geistlichen und Justizangelegenheiten sind. Wie Polen, so hat auch Finland seinen Minister-Staatssekretär, der die Angelegenheiten des Landes im kais. Kabinet und im Konseil vertritt. Schon seit langer Zeit bekleidet der wirkl. Geh. Rath Graf Armfeld, ein geborner Finländer, diesen Posten, und der wirkl. Staatsrath Baron Stjernwall Wallèen ist ihm als Adjunkt beigegeben, Finland hat seine Bank, und selbständige Post-, Zoll-, Berg- ꝛc. Behörden, ferner drei Obergerichtshöfe (zu Abo, Wasa und Wiborg) und eine Hochschule (die 1828 von Abo nach Helsingfors verlegte Alexander-Universität). Das ganze Land, in 8 Gouvernements (früher Läne oder Landeshauptmannschaften) eingetheilt, ist evangelisch; nur in den Gouvernements Wiborg und Kuopio und zerstreut in den andern Landschaften leben gegen 40,000 orthodoxe griechische Christen. Außer der kaiserlichen Garnison, bestehend aus der 22. Inf. Division (kommandirt von dem Gen. Lieut. v. Wendt) hat das Großfürstenthum seine besonderen Linien- und Miliztruppen, die letzteren, gleich den schwedischen, als Indeltabataillone formirt; es sind Landbauern oder Militärkolonisten, die nur innerhalb des Großfürstenthums zu dienen brauchen. Die Linientruppen sind auf 6 und 10 Jahre geworbene Söldner (vàrfoade). Auch seine eigne Kriegs- und Handelsflotte besitzt Finland, Segelschiffe und Dampfboote. Sehr wohlthätig in den schwierig zu befahrenden, von Klippen erfüllten Gewässern wirkt das 600 Mann starke Lootsenkorps unter General Nordmann. Es ist auf sieben wohl eingerichteten Leuchtthürmen und in 87 Stationen vertheilt. Helsingfors ist jetzt die Hauptstadt. Ihr Hafen ist durch die starke, im Jahre 1749 angelegte Festung Sweaborg, das nordische Gibraltar, gedeckt; es fiel 1809 durch Verrath in russische Gewalt. Der Kriegshafen Kymene ist eine Station der russischen Scheerenflotte, ebenso Sweaborg. Zu den merkwürdigsten Wohnplätzen des Landes gehört Wasa, nach dem sich von Gustav I. an ein schwedischer Königsstamm nannte, und Tornea, die nördlichste Stadt Finlands, ein Observationsort der Astronomen seit fast 200 Jahren; man besteigt den nahen Berg Afvasara, wo in der Mitte des Juni um Mitternacht noch die Sonne scheint" u. s. w. — Was die Aussichten Preußens auf eine gesegnete Ernte betrifft, so lauten die amtlichen Berichte fast aus allen Provinzen sehr günstig. In den Marken stehen die Weizen- und Roggenfelder vortrefflich, die Sommerung blieb etwas zurück, hat sich aber sehr erholt. — Die Einrichtung der Trinkhallen dehnt sich jetzt auch auf das nahe Charlottenburg aus, wo so eben eine schöne Halle zu diesem Zwecke auf dem Wilhelmsplatze erbaut wird. Die in diesem Frühjahr hier von Dr. Preis eröffnete, sorgfältig eingerichtete Kaltwasserheilanstalt hat bereits ein Publikum aus dem wohlhabenden Berliner Handelsstande gefunden. Das Verdienst der erwähnten Trinkhallen besteht besonders auch darin, daß seit ihrer Errichtung die künstlichen Brunnen, das Selter- und Sodawasser, auch außer diesen Verkaufstellen fast auf den dritten Theil ihres frühern Preises herabgesetzt und somit auch dem Unbemittelten zum Genusse zugänglich gemacht sind.

— [Verfügungen und Entscheidungen.] Das Justiz-Ministerialblatt enthält einen Beschluß des Staatsministeriums vom 14. v. M., wonach Geldstrafen, welche gegen Beamte wegen Ueberschreitung ihres Urlaubs im Disziplinarverfahren festgesetzt und von ihrem Diensteinkommen abgezogen worden, künftig unter den Ordnungsstrafen verrechnet werden sollen; ferner ein Erkenntniß des Obertribunals, wonach in Untersuchungssachen der erkennende Richter keine andere That, als die im Eröffnungs- oder Anklagebeschlusse bezeichnete zum Gegenstande seiner Entscheidung machen darf, widrigenfalls diese nichtig ist, auch wenn von dem Angeklagten kein Widerspruch gegen ein solches Verfahren erhoben sein sollte; ferner ein Erkenntniß des Obertribunals über den Begriff und die Bestrafung der von mehreren Personen gemeinschaftlich verübten Zolldefraudationen; endlich ein Erkenntniß des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, wonach in gutsherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzungen, Ablösungen und Gemeinheitstheilungen die Festsetzung der von den Sachverständigen liquidirten Gebühren, so wie die Entscheidung über die Verbindlichkeit zur Zahlung und Erstattung derselben, den Generalkommissionen und Auseinandersetzungsbehörden zusteht, ohne daß der Rechtsweg dagegen zuläßig ist.

— [Entschädigung der Armeelieferanten.] Wie aus einer im Kriegsministerium ausgearbeiteten Denkschrift erhellt, sind den Armeelieferanten, die zur vorjährigen Mobilmachung mit der Regierung Kontrakte geschlossen hatten, namhafte Entschädigungen zu Theil geworden, den Gebrüdern Lachmann 48 und bez. 46 Proz. des Werthes der kontraktlich stipulirten Portionenzahl, und dem Geh. Kommerzienrath Hirschberg in Königsberg nebst seinen Mitunternehmern 35 Proz. Gebr. Lachmann hatten 3,782,800 Portionen Fleisch, Gemüse, Salz und Branntwein; Hirschberg, Müller und Simon etwa 2¼ Mill. Portionen Lebensmittel (auf einen Monat) und außerdem 18,000 Ctr. Heu, 18,000 Ctr. Stroh und 30,000 Ctr. Brotmehl für die am Mittelrhein zu konzentrirenden Truppen zu liefern übernommen.

Bonn, 20. Mai. [Pension.] Arndt's Wittwe ist jetzt vom Staate eine Pension von 500 Thlr. jährlich bewilligt worden.

Münster, 21. Mai. [Zur Presse.] Dr. M. Brühl, bisher Redakteur des „Westf. Merk.", ist nach Wien abgereist, um dort

die Hauptredaktion der neu zu gründenden östreichischen Adelszeitung zu übernehmen.

Neuß, 20. Mai. [Vertilgung der Maikäfer.] In Folge der von der hiesigen städtischen Verwaltung ausgesetzten Prämie sind bis heute 1021 Metzen Maikäfer, enthaltend 1,250,725 Stück, abgeliefert und vertilgt worden. Pro Metze wurden 8 Pf. vergütet, also im Ganzen ein Betrag von 22 Thlr. 20 Sgr. 8 Pf. gezahlt.

Swinemünde, 20. Mai. [Feuer.] Gestern Vormittag brach in Kaseburg dadurch, daß Theer mit einer glühenden Kugel heiß gemacht wurde, Feuer aus und raffte binnen einer Viertelstunde bei starkem Südost 3 Bauerngehöfte, 3 Büdnergrundstücke und das Schulhaus dahin. Im Ganzen sind 17 Gebäude, so wie 9 Stück Rindvieh ein Raub der Flammen geworden. Mobilien sind fast gar keine gerettet. (Ostſ. Z.)

Oestreich. Wien, 20. Mai. [Zur orientalischen Frage] wird der „Oestr. Z." aus London geschrieben: Rußland wird diesmal zum Ziele gelangen, ohne Ausgaben an Geld und Leuten zu machen. Die Truppenmasse, die in Südrußland konzentrirt ist, übersteigt die Größe eines Armeekorps nicht und hat bloß zum Zwecke, bei den halb unabhängigen Ländern des türkischen Reiches sowohl, als auch in Bosnien und Bulgarien den Muth und die Angriffslust wach zu halten. Rußland stellt auch eine Armeekonzentration am Pruth in Abrede und kann dies mit allem Rechte thun. Es steht keine Armee am Pruth, Rußland hat keine bereit, um sie hinzustellen, aber man hat in die südrussischen Länder stärkere Garnisonen als gewöhnlich gelegt, hat, was im Kaukasus disponibel war, dort verwendet und macht diese Garnisonen mobil. Sollte die Pforte sich weigern, als Angeklagter vor dem europäischen Gerichte zu erscheinen, werden die Pulverfäden an der Donau angezündet werden. Die Serben werden nicht anstehen, den anderen Slaven zu Hülfe zu eilen, um sich mit ihnen vereint die Unabhängigkeit zu erkämpfen. Die Moldau-Walachen brauchen dann nur eine Erklärung abzugeben, daß sie selbständig seien, und die Türken werden, wie einst in Griechenland, gehindert werden, ihre Grausamkeit zu üben, denn grausam ist am Ende jeder Krieg. Die Anlage ist ziemlich gut, der Zeitpunkt nicht schlecht gewählt. Die russische Regierung steht hierbei ganz von dem Hatti-Humajum ab, stellt sich überhaupt nicht auf den Boden des Pariser Vertrages, weshalb sie sich auch nicht an Piemont wendet. Sie nimmt den allgemein europäischen und christlichen Standpunkt als Basis. Dadurch hofft sie einerseits Oestreich zu sich herüberzuziehen und andererseits England zu isoliren, da sie Frankreichs bereits im Voraus gewiß zu sein scheint. Oestreich hat nämlich bereits vor zwei Jahren an die Pforte Vorstellungen gemacht, die auf dasselbe hinausliefen, nur ihr das Uebel einer gesammteuropäischen Intervention ersparen sollten. Die östeichische Regierung hatte damals schon Reschid Pascha erklären lassen, daß sie wohl begreife, wie die plötzliche Ausführung des Hat eine Unmöglichkeit sei, andererseits aber dazu rathen müsse, einzelne, die Christen sehr drückende Verhältnisse zu lösen, namentlich die agrarischen Lasten der Bauern in den slavischen Provinzen zu erleichtern. Prinzipiell wäre auch gegen solche Vorstellungen an die Türkei Nichts einzuwenden, aber die Art des Vorganges, den Rußland vorschlägt, steuert gerade auf das Gegentheil dessen los, was der Pariser Kongreß wollte, nämlich die Unabhängigkeit des osmanischen Reiches. Es dürfte noch wohl erinnerlich sein, daß Rußland auch bereits damals anstatt seiner bisherigen eine Kollektivprotektion der christlichen Unterthanen des Sultans anstrebte, welche aber von den Großmächten als das Prinzip der Souveränität des Sultans beeinträchtigend verworfen wurde. Man hat im Pariser Vertrage selbst konstatirt, daß der Sultan den Hat aus freien Stücken oktroyirt habe, hat den hohen Werth des Aktenstückes bestätigt und dabei bemerkt, daß keineswegs daraus das Recht für die kontrahirenden Mächte entspringe, sich kollektiv oder einzeln in die innere Verwaltung der Türkei einzumischen. Der 9. Artikel des Pariser Friedensvertrages, der bei diesen Fragen in Betracht zu ziehen, lautet nämlich wörtlich, wie folgt: „Da Se. Majestät der Sultan, in seiner beständigen Fürsorge für das Wohl seiner Unterthanen, einen Ferman oktoyirt, der, ihr Schicksal ohne Unterschied der Religion oder Race verbessernd, seine edelmüthigen Absichten gegen die christlichen Bewohner seines Reiches konsakrirt, und da er einen neuen Beweis seiner Gesinnungen in dieser Beziehung zu geben wünscht, hat er beschlossen, den kontrahirenden Mächten den erwähnten Ferman, der durch Selbstbestimmung aus seinem souveränen Willen hervorgegangen, mitzutheilen. Die kontrahirenden Mächte konstatiren den hohen Werth dieser Mittheilung. Es ist wohl verstanden, daß sie in keinem Falle den genannten Mächten das Recht geben kann, sich, sei es kollektiv oder einzeln, in die Beziehungen Sr. Majestät des Sultans zu seinen Unterthanen, noch in die innere Verwaltung seines Reiches einzumischen."

— [Tagesnotizen.] Zu der Hoftafel am Himmelfahrtsfeste waren drei Kronprätendenten geladen, der Herzog von Chambord, der Herzog von Modena uud der Prinz Wasa. — Der Großherzog von Toscana wird hier erwartet. Derselbe steht in fortwährendem Verkehr mit seinen Anhängern in Florenz, und scheint es, daß von Seiten der Letzteren ein Schlag gegen die dermalige Regierung vorbereitet wird. Man zweifelt jedoch sehr, daß derselbe gelingt. Die großherzogliche Dynastie hat keine Zukunft mehr in Italien; das ist die Ansicht Aller, welche Land und Leute kennen. — Der Erzherzog Ferdinand Max und die Erzherzogin Charlotte sind am 19. d. in Schönbrunn eingetroffen. — Wie der „Wndr." berichtet, wurde die von Revoltella, Mondolfo und Brambilla wider die ordentliche Untersuchungshaft angebrachte Berufung vom k. k. Oberlandsgerichte verworfen. — Der vom Ofner Landesgericht wegen eines am 8. November im „Pesti Naplo" erschienenen und konfiszirten Artikels, betitelt: „Das fünfzigjährige Jubiläum in Gran", gegen den damaligen verantwortlichen Redakteur des „Pesti Naplo", Paul Kiralyi, eingeleitete und durch den Pesther Gerichtshof am 26. Januar angenommene Strafprozeß ist durch den Erlaß des k. k. obersten Gerichtshofes vom 18. April aufgehoben worden. — Wie „Pesti Naplo" aus sicherer Quelle erfährt, hätten die Herren v. Vay und Somssich die Berufung in den Reichsrath definitiv abgelehnt. — Der „P. Ll." vernimmt von kompetenter Seite, daß die fernere Abhaltung von Trauerfesten zum Andenken Szechenyis untersagt worden ist. — Dem Musikvereine wurde die Subvention der Gemeinde Wiens, jährlicher 2000 Fl., bis zum Jahre 1863 bewilligt. — Nach einer „authentischen Nachricht" wurde am 13. Graf Eduard Karolyi auf seinem Gute Radvany (unweit Kaschau) verhaftet. Der Graf hatte bekanntlich einen Aufruf erlassen, vom 15. Mai an bei Ujhely einen Todtenhügel zu Ehren Szechenyi's zu errichten. Graf Karolyi wurde nach Ujhely abgeführt, in welcher Stadt es bei dieser Gelegenheit nicht an sympathischen Demonstrationen für den Gefangenen fehlte. Derselbe wurde jedoch gegen Ehrenwort wieder in Freiheit gesetzt und befindet sich bereits auf seinem Schlosse Radvany. — Einer amtlichen Zusammenstellung entnehmen wir, daß die Sammlungen für den ungarischen Akademiepalast, wiewohl die Bogen bisher noch nicht alle eingegangen sind, über 500,000 Fl. eingebracht haben. — Wie man der „D. A. Z." von hier meldet, sind von Seiten des Justizministeriums beim Unterrichtsminister bereits Schritte eingeleitet worden, um den Bischof von Przemysl wegen seines Hirtenbriefes vor Gericht zu ziehen.

— [Kaiserliches Handschreiben in Betreff der ungarischen Protestanten.] Das (in telegraphischer Analyse bereits erwähnte) kaiserliche Handschreiben, bezüglich der Protestanten in Ungarn, lautet wörtlich, wie folgt: „Lieber Feldzeugmeister Ritter v. Benedek! Das Patent vom 1. September v. J., durch welches Ich die seit langen Jahren schwebende Verhandlung wegen Herstellung einer bestimmten Ordnung in den kirchlichen Verhältnissen Meiner evangelischen Unterthanen Augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses in Ungarn, der serbischen Wojwodschaft und dem Temeser Banate, so wie in Kroatien, Slavonien und in der Militärgrenze unter Gewährung neuer Rechte und Begünstigungen auf gesetzlicher Grundlage zu einem gedeihlichen Abschlusse zu bringen bestrebt war, so wie die zur Durchführung dieses Patentes erlassenen Verordnungen sind von einem Theile dieser Glaubensgenossen mit Dank aufgenommen und mit freudiger Willfährigkeit vollzogen worden; vom andern hingegen wird unter Berufung auf ihr Gewissen und ihre konfessionelle Ueberzeugung darauf einzugehen Anstand genommen. In Folge dieser Bedenken sind jene Verordnungen zum Anlaß einer steigenden Beunruhigung der Gemüther des Volkes gemacht worden. Es widerstreitet jedoch Meiner auf die befriedigende Regelung der evangelischen Kirchenangelegenheiten gerichteten Absicht, daß wegen der auseinandergehenden Ansichten über den am sichersten zum Ziele führenden Weg dieses Ziel selbst, nämlich die Herstellung eines gedeihlichen Kirchen-Organismus, in weitere Ferne gerückt werde. Um daher auch dem von nicht gegründeten Besorgnissen befangenen Theile Meiner evangelischen Unterthanen die volle Beruhigung darüber zu gewähren, daß ihren Gewissensbedenklichkeiten nicht der geringste Zwang angethan werden will, finde Ich zu gestatten, daß auch die noch nicht im Sinne Meines Patentes eingerichteten Gemeinden, Seniorate und Superintendenzen in Konventen sich versammeln, um die erforderlichen Anstalten zur Beschickung der General-Konferenzen zu treffen, welche auf Grundlage des §. 4 des XXVI. Gesetzartikels vom Jahre 1791 ihre auf die Abhaltung der Synoden bezüglichen Anträge durch Meinen Minister für Kultus und Unterricht Mir zu erstatten haben werden. Es ist folglich den Vorbereitungen zu den General-Konferenzen und der Bestellung von Superintendenzial-Inspektoren, beziehungsweise Kuratoren und von Superintendenten kein Hinderniß in den Weg zu legen. Im Falle übrigens bei den Verhandlungen der General-Konferenzen bezüglich einzelner die Zusammensetzung der Synoden normirenden Bestimmungen begründete Wünsche sich geltend machen sollten, so werde Ich nicht abgeneigt sein, solchen Bitten gnädiges Gehör zu schenken. Ferner verordne Ich: 1) Daß diejenigen Pfarrgemeinden, Seniorate und Superintendenzen, welche die dem Gesetze entsprechenden Einrichtungen bereits angenommen haben oder deren Einführung schon vorbereiten, in ihrem gegenwärtigen Bestande oder in der Ausführung dieses ihres Vorhabens auf keine Weise angefochten und gehindert werden. Ich befehle demnach, daß die Preßburger und die Neu-Verbaßer evangelischen Superintendenzen Augsburgischer Konfession in ihrem Bestande nicht beirrt, und die koordinirten Gemeinden, Bezirke und deren Funktionäre, so wie alle diejenigen Personen, welche die Koordinirung angebahnt und befördert haben, in keiner Weise beunruhiget werden. 2) Den Senioraten der Szarvaser Superintendenz ist es freigestellt, sich nach ihrem früheren Verbande der Pesther beziehungsweise Eperieser anzuschließen. Die Oedenburger, die Eperieser und die Pesther Superintendenzen Augsburgischer Konfession können demgemäß vorläufig die Grenzen der vorbestandenen jenseits der Donau, der Theißer und der Berg-Superintendenz, in so weit die Grenzen der Letzteren durch die Konstituirung der Preßburger und Verbasser nicht alterirt sind, annehmen. Den Glaubensgenossen helvetischer Konfession ist gestattet, sich an ihre frühere Superintendenzial-Eintheilung zu halten. Dieser Beschluß ist Meinen evangelischen Unterthanen beider Bekenntnisse als erneuerlicher Beweis der landesväterlichen Huld des obersten Schutzherrn ihrer Kirche kundzumachen. „Zugleich aber finde Ich Mich in Gnaden bewogen, allen Personen in Meinem Königreiche Ungarn, die sich bei den aus Anlaß der Einführung des Patentes vom 1. September 1859 bisher stattgefundenen bedauerlichen Vorgängen auf eine solche Weise betheiligt haben, daß die Strafbehörden gegen dieselben dieserwegen einzuschreiten gesetzlich verpflichtet waren, Meine volle Verzeihung angedeihen zu lassen." Ich finde demnach denjenigen, die bereits rechtskräftig verurtheilt sind, nicht nur die gesetzlichen Folgen dieser Verurtheilung, sondern auch die noch nicht vollstreckte Strafe gänzlich nachzusehen und zugleich anzuordnen, daß alle wegen solcher Vorfälle bereits anhängigen Untersuchungen eingestellt und wegen derselben keine strafbehördlichen Amtshandlungen eingeleitet werden. An Meinen Minister für Kultus und Unterricht und der Justiz erlasse Ich gleichzeitig die entsprechenden Weisungen, um zur Vollziehung dieser Meiner Beschlüsse im Einvernehmen mit Ihnen sofort das Geeignete anzuordnen. Wien, am 15. Mai 1860. Franz Joseph m. p."

— [Kleine Notizen.] Nachdem der östreichischen Regierung ein Vorschlag des Londoner Kabinets mitgetheilt worden, der dahin geht, die Schweiz in Besitz des ganzen Littorales des Genfer Sees zu setzen, hat Graf Rechberg die Antwort ertheilt, Oestreich könne diesen Vorschlag nicht unterstützen, dem Rußland sich in keiner Weise anschließen würde, und der an Frankreichs Widerstande scheitern müßte. — Es ist nicht begründet, daß Erzherzog Maximilian den Vorsitz im Reichsrathe abgelehnt habe. Der Reichsrath wird am 29. Mai eröffnet, und das Reichsbudget wird bis dahin demselben vorgelegt werden können. — Wie die „Wien. Zeit." schreibt, hat sich seit einem Monat in Böhmen kein neuer Rinderpestvorfall ergeben, und es ist nunmehr nach Ablauf der gesetzlichen Observationsperiode die zuletzt verseucht gewesene Ortschaft dem freien Verkehr wieder zugeführt worden, und die Seuche sohin als gänzlich erloschen anzusehen.

— [Ueber die Befestigungsarbeiten im südlichen Tirol] berichtet die „Schützen-Zeitung": Bereits haben die Befestigungsarbeiten in Lardaro begonnen; der Kostenvoranschlag ist 370,000 Fl und Uebernehmer ein Baumeister in Creto (Bezirk Condino); die Arbeit muß binnen Einem Jahre vollendet sein. Bis Lardaro ist von Trient aus bereits der Telegraph errichtet. Die Befestigungen im Thale Ampola sind bisher nicht versteigert worden, und wie man hört, soll es noch ungewiß sein, ob genannter Befestigungsbau ausgeführt werde. Im bejahenden Falle kommt der Bezirk Condino inmitten dreier Befestigungen zu liegen, nämlich von Lardaro an der Grenze der Bezirke Condino und Tione, jener des Thales Ampola, welche die Straße über das Lederthal nach Riva sperren soll, und der Rocca von Anfo, welche von den Oestreichern erst nach dem Frieden von Zürich den Piemontesen übergeben wurde. Auch die Piemontesen arbeiten gegenwärtig und schon seit einiger Zeit an der größeren Befestigung von der Rocca sowohl an der Straße, welche unter der Rocca vorbeizieht, als auf der Höhe des Berges, an dessen unterem Abhange die Rocca erbaut ist. Auf der Höhe des Berges wird eine Batterie aufgestellt, und im Ganzen befinden sich jetzt schon 24 Kanonen in der Rocca und Umgegend, einige in der Richtung gegen das Dorf Darzo, Bezirks Condino, dessen Straße von der Rocca aus mit gezogenen Kanonen bestrichen werden kann.

— [Ein Straßenexzeß in Debreczin.] Dem „Wanderer" wird aus Debreczin, 17. Mai, geschrieben: Um falschen Gerüchten vorzubeugen, eile ich, Ihnen über den gestern um 11 Uhr Nacht vorgefallenen Gassenexzeß folgende sichere Notizen mitzutheilen: Die Studenten des dortigen Kollegiums helvetischer Konfession hatten gestern ihr Maifest in dem nah gelegenen Walde gefeiert und kamen von den Professoren begleitet um 9 Uhr Abends zurück. Sechs älteren Studenten gelang es indessen, unbemerkt zurückzubleiben und mehr Wein zu trinken, als ihre Köpfe vertragen konnten. In diesem Zustande kamen sie um 11 Uhr Nachts in die Stadt, schlugen hie und da einige Fenster ein, sangen Lieder und widersetzten sich der städtischen Sicherheitswache, die verstärkt sie endlich arretirte, doch gelang es ihnen, vor ihrer Einführung zu entkommen und in das Kollegiumsgebäude sich zu flüchten. Hier läuteten sie die Studentenglocke, wornach auf Anzeige der Sicherheitswache zwei Kompagnien Infanterie zur Arretirung der Exzedenten beordert wurden. Die in größerer Anzahl zusammengelaufenen Studenten widersetzten sich der Gefangennehmung ihrer Kameraden, bis endlich der halbe Zug der k. k. Infanterie Feuer gab, worauf der Haufe auseinanderlief und die Schuldigen arretirt wurden. Die Abfeuerung geschah mit solcher Schonung, daß Niemand verwundet wurde. Die Untersuchung ist nun mit Zuziehung der Professoren, die den Exzeß sehr bedauern, vor einer gemischten Kommission im Zuge.

— [Das kaiserliche Handschreiben.] Ueber das in Betreff der protestantischen Kirche in Ungarn, erlassene kaiserliche Handschreiben (s. o.), sagt die „Presse": „Die große Bedeutung, welche diese neueste Wendung der ganzen Angelegenheit speziell für die protestantische Kirche Ungarns hat, ist augenfällig. Indessen knüpft sich daran außerdem auch ein das provinziell-konfessionelle Gebiet weit überschreitendes allgemeines Interesse, und zwar doppelter Art. Einerseits ist nämlich, je weiter die Protestanten Ungarns in der Wiedererlangung des von ihnen ersehnten Rechtszustandes vorschreiten, auch bei den Protestanten der übrigen Kronländer das Verlangen, gleicher Rechtswohlthat theilhaftig zu werden, ein desto lebhafteres geworden. Hierbei darf daran erinnert werden, daß die Evangelischen in den deutsch-slavischen Provinzen schon das für Ungarn erflossene Patent vom 1. Septbr. 1859 mit dem Wunsche begleitet haben, für die außerungarischen Protestanten nur kein minder liberales Gesetz zu erhalten. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß, wie die Opposition gegen das Patent in Ungarn überhaupt nicht rein konfessionellen Charakters war, sondern zum nicht geringen Theil auch durch politische Beweggründe gefördert wurde, eben so das kaiserliche Handschreiben vom 15. Mai auch aus diesem letzteren Gesichtspunkte gewürdigt sein will. Geht man dem Wesen der Sache auf den Grund, so findet sich, daß das Widerstreben gegen das Patent vorwiegend der Anhänglichkeit an das historische Recht Ungarns seine zähe Ausdauer und nachhaltige Kraft dankt. Man wird sich daher kaum wundern, daß die Ungarn, nach den uns zugekommenen Berichten, in dem neuesten kaiserlichen Handschreiben vor Allem einen ersten Erfolg ihres historischen Rechts sehen und daran weitere Erwartungen knüpfen. Wenn es aber wahr ist, daß es in Oestreich diesseits und jenseits der Leitha nicht zweierlei Recht geben kann, so haben auch alle übrigen Länder Oestreichs unmittelbar Theil an diesen in Ungarn neuerwachten Hoffnungen."

— [Verletzung des Briefgeheimnisses.] Aus Leipzig schreibt die „D. A. Z.": Die schon mehrfach ausgesprochene Vermuthung, daß gegenwärtig die aus dem Auslande an eingeborene Ungarn eingehenden Briefe auf dem Postamt in Pesth geöffnet und gelesen werden, kann ich aus Erfahrung bestätigen. Ich stehe mit einem Major, der sich nicht im Entferntesten mit Politik beschäftigt, in brieflichem Verkehr. In diesen Tagen schrieb mir derselbe: „Alle Ihre an mich gerichteten Briefe werden auf dem Postamt in Pesth erbrochen und kommen mir in erbrochenem Zustande zu. Ganz dasselbe geschieht auch mit denjenigen Briefen, welche von ungarischen Posten an auswärtige Personen aufgegeben werden. Ich werde daher in Zukunft meine Briefe nicht mehr versiegeln, um den dazu bestellten Offizianten die Mühe des Siegelerbrechens zu ersparen, und damit sie sich unterrichten können, von welcher Art der Inhalt meiner Briefe sei.

— [Statistisches.] Nach einer Mittheilung in der k. k. geographischen Gesellschaft beträgt die Zahl der im Auslande domizilirenden Oestreicher mindestens 100,000; hievon entfallen auf die deutschen Staaten bei 20,000, auf die Donauländer Moldau, Walachei und Serbien ungefähr 50,000, auf das eigentliche türkische Reich bei 10,000 und auf Rußland nahezu 8000. In den übrigen europäischen Staaten lebt gleichfalls eine große Anzahl von Oestreichern; auch in Asien, Afrika, Amerika und Australien sind sie vertreten. In Paläſtina leben 150 östreichische Judenfamilien, welche zumeist in Jerusalem ansässig sind. Nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika sollen über 30,000 Oestreicher eingewandert sein, wovon ein großer Theil bereits das dortige Staatsbürgerrecht erworben hat. Zu den wanderlustigsten Bewohnern Oestreichs werden die Böhmen, namentlich aus den deutschen Kreisen, gerechnet, welche in allen Welttheilen zerstreut leben und in Künsten und Gewerben thätig sind. Ihre Zahl wird auf 40,000 geschätzt.

Prag, 19. Mai. [Stimmung der Czechen.] Es scheint, als hätten sich die Czechen die Magyaren zum Vorbild genommen: das Nationalkostüm wird wieder getragen, der Jubel beim Vortrag slawischer Nationallieder bei Konzerten oder im Theater ist nicht zu beschreiben; der Bau des Nationaltheaters wird jetzt, wie es scheint, in Angriff genommen; auf dem Felde der Literatur herrscht eine große Regsamkeit. Nur noch ein unabhängiges politisches Journal fehlt den Czechen. Die Magyaren, ein Volk von 4 Millionen, haben neun nicht offizielle Organe, die Czechoslawen, 7 Millionen an der Zahl, haben keins; acht Kompetenten haben bereits um die Bewilligung dazu ersucht, Alle sind abgewiesen worden; jetzt haben wieder zwei den Versuch gemacht und sich um eine Konzession beworben. (D. A. Z.)

Prag, 20. Mai. [Die Geldverhältnisse in den böhmischen Bädern; Werbungen für Rom.] Dem die böhmischen Bäder besuchenden Publikum dürfte es von Interesse sein, Einiges über die zur Zeit dort herrschenden Geldverhältnisse zu erfahren. Dieselben befinden sich in einem sehr trostlosen Zustande, indem das Silber- und selbst das Kupfergeld in gleichem Maaße wie 1849 immer mehr verschwindet; am übelsten in dieser Beziehung sieht es zunächst der bayrischen Grenze, z. B. bei Eger, aus, wo alle alten Sechs-Kreuzer, jetzt Zehn-Kreuzer, aus dem natürlichen Grunde nach Bayern wandern, weil dort 10 Stück einen Gulden rheinisch repräsentiren, während in

Oestreich die gleiche Zahl zwar 1 Gulden östreichischer Währung. also 1 Guld. 10 Kr. rheinisch gelten soll, nach dem jetzigen Kurs aber nur 52 Kreuzer oder 15 Silbergroschen gelten. Einigermaßen besser wird es daher, je weiter man sich von Bayern entfernt, denn in Karlsbad sieht man doch noch hin und wieder solche Sechs-Kreuzerstücke; sie sind aber, wie auch das Kupfergeld, schon so selten geworden, daß in einem Laden ein Ankauf für einen halben Gulden deshalb unterbleiben mußte, weil ein halber Gulden auf eine Gulden-Banknote nicht herausgegeben werden konnte. Man ist daher genöthigt, bei jeder Gelegenheit Kupfergeld zu sammeln, um es stets zur Hand zu haben, was aber sehr lästig ist, indem 1 Gulden ⅔ Zollpfund in solchen Kupferkreuzern wiegt. Die im Detail verkaufenden Kaufleute, Kaffeewirthe u. s. w. sind ganz rathlos, wie denn das inmitten der Badesaison werden soll, wo alle Fremden entweder im Auslande Banknoten, den Gulden zu 15 Silbergroschen, einwechseln, oder, was ganz gleich bleibt, preußisches oder sächsisches Papier oder Silbergeld, von dem überall der Thaler zu 2 Gulden gern genommen wird, mit sich führen; sogenannte Aushülfmarken, wie sie 1849 fast jeder Wirth und Kaufmann für beliebige Beträge ausgab, sind zwar jetzt auch anzufertigen und auszugeben gestattet, aber mit dem großen Unterschiede, daß jetzt dergleichen Marken für die Summe, auf die sie lauten, abgestempelt, und der volle Werth dem Aerar bezahlt werden muß; natürlicherweise unterläßt man daher, davon Gebrauch zu machen; auch Postmarken werden zum Theil schon als Geld benutzt. In Teplitz sind gegenwärtig die Sechs-Kreuzerstücke, so wie das Kupfergeld noch in ziemlich genügender Anzahl vorhanden. Alles andere Silbergeld Oestreichs, wie Thaler, Gulden und Viertelguldenstücke, sind eine im ganzen Böhmen ganz unbekannte Münze geworden und kursiren in größter Menge im benachbarten Auslande. Beide Badeorte sind des anhaltend rauhen Wetters wegen noch sehr schwach besucht. Am letztern Orte besteht seit drei Wochen im Gasthaus zum schwarzen Lamm, wie Anschlagzettel an allen Ecken anzeigen, ein öffentliches päpstliches Werbebureau, in dem bereits über 200 Leute meist aus dem Leitmeritzer Kreise angeworben und befördert worden sind. Als Bedingung gilt, daß sie der katholischen Religion angehören und ein Alter von 28—40 Jahren haben; sie werden auf 4 Jahre angeworben und erhalten 78 Gulden Handgeld, das heißt einen kleinen Theil, 6 Gulden, beim Antritt, andere kleine Summen im Verlauf der Reise in Wien, Triest oder Ancona, den größten Theil aber erst nach der Kapitulationszeit. (K. Z.)

Trebitsch, 16. Mai. [Der Judenkrawall.] Den „Neuesten Nachrichten" werden bezüglich des in Trebitsch stattgehabten Judenkrawalls (s. Nr. 107) folgende Einzelheiten berichtet: Wie aus der eben im Zuge befindlichen Untersuchung bis jetzt hervorgeht, herrschte bereits im Laufe des Monats April in Trebitsch eine allgemeine Aufregung und gereizte Stimmung gegen die Juden, welche theils durch die neue Gewerbeordnung hervorgerufen wurde, indem zwei Juden in der Stadt Gewölbe gemiethet hatten, um im Monate Juni ihre Handlungen daselbst zu eröffnen, theils aber auch durch den Przemysler Hirtenbrief, dessen Bekanntwerden nicht wenig dazu beitrug, hier die aufgeregte Stimmung zu nähren. Es fehlte auch alsbald nicht von Seite intoleranter Bürger an Drohungen gegen die christlichen Dienstboten, daß, wenn sie sich nicht beeilten, den Dienst der Juden zu verlassen, man sie mit Gewalt von dort wegschleppen würde. Das Benehmen der Gendarmerie während des Krawalles war musterhaft. Aber sie fanden gar keine Unterstützung von Seiten der Bürgerschaft und mußten daher der überlegenen Gewalt des Pöbels weichen. Der Bürgermeister ließ sich nicht sehen. Einen Gemeinderath sah man bei dem Exzesse vor dem Hause des Subak gemüthlich seine Zigarre rauchen, und wenige Schritte davon saßen im Kaffeehause die Bürger, unbekümmert um das, was draußen vorging. Erst dem energischen Einschreiten des aus Groß-Meseritsch angelangten Kreishauptmannes gelang es, den Gemeinderath und die Bürgerschaft für die Ruhe der Stadt verantwortlich zu machen und die Ordnung wiederherzustellen.

Bayern. Speier, 21. Mai. [Zur Gesangbuchfrage.] In der Landrathssitzung am 16. d. wurde ein Antrag eingebracht, dessen Schluß also lautet: „Durch die beschlossene und theilweise ins Leben getretene Einführung des neuen protestantischen Gesangbuches und durch die hierbei angewendeten Zwangsmaaßregeln hat eine tief eingreifende Aufregung alle Gemüther ergriffen, Parteien haben sich gebildet, welche sich schroff einander entgegenstehen, der Geist der Zwietracht schwingt seine Geißel über die Pfalz, und Friede und Eintracht sind verschwunden. Indem der Landrath, welchem die Pflicht obliegt, sich über die Zustände des Kreises zu äußern, von dieser Aufregung und Spannung Akt nimmt, glaubt derselbe die Hoffnung ausdrücken zu dürfen, daß es dem väterlichen Herzen Sr. Majestät des Königs gelingen möge, die geeigneten Mittel zu finden, diesem bedauernswerthen Zustande sobald als möglich ein Ende zu machen."

Hannover, 20. Mai. [Aus der Kammer.] Großes Aufsehen erregte gestern in der Zweiten Kammer die Mittheilung des Herrn v. Bennigsen, daß sich der Minister des Innern v. Borries das Manuskript des Landtagsblattes vor dem Druck zu verschaffen gewußt und eigenhändig in seine bekannte Rheinbundsäuberung verschiedene Abschwächungen hineinkorrigirt habe. Man weiß jetzt also, weshalb die „N. H. Z." sich mit so großem Eifer auf die Fassung berief, in welcher der „stenographische Bericht" die Aeußerung des Herrn Ministers wiedergebe. (N. Z.)

Sachsen. Dresden, 20. Mai. [Denkmal.] Vorgestern fand im Beisein des Königs, des Kronprinzen, des Herzogs von Altenburg, des Erbprinzen von Thurn und Taxis, der Minister und vieler Staatsbeamten die feierliche Einweihung des Denkmals Königs Friedrich August auf dem Rochlitzer Berge statt.

Württemberg. Stuttgart, 21. Mai. [Beitritt zur Heidelberger Erklärung; Amnestie.] Der „Schwäb. M." veröffentlicht Beitrittserklärungen zu der Heidelberger Erklärung gegen v. Borries aus den Städten Stuttgart, Biberach, Böblingen, Bäningheim, Erligheim, Kalmbach, Höfen, Kalw, Ehingen, Ellwangen, Eßlingen, Göppingen, Heilbronn, Isny, Murrhard, Nagold, Reutlingen, Teinach, Waiblingen und Wildbach. — Die gegen den frühern Redakteur des „Beobachters", Dr. Weisser, eingeleiteten Untersuchungen sind durch königliche Entschließung niedergeschlagen worden, und es steht nun der Rückkehr dieses Mannes, welcher seit eilf Jahren das Loos der Verbannung getragen hat, von dieser Seite kein Hinderniß entgegen.

Baden. Karlsruhe, 21. Mai. [Die Verhandlungen der Ersten Kammer über das Konkordat.] In der Ersten Kammer ist die Konkordatfrage ebenfalls zur Verhandlung gekommen. Dem Antrage der Majorität der Kommission auf motivirte Tagesordnung, welcher zugleich in den beigefügten Gründen das Verfahren der Regierung und der Zweiten Kammer billigt und von einer Ueberreichung der früher angeregten Adresse nur deshalb Umgang nimmt, weil sie durch die geänderten Verhältnisse zwecklos geworden ist, hat die Minorität einen Antrag entgegengestellt, der die Zustimmung zu der von der Zweiten Kammer beschlossenen Adresse verweigert, weil der von der Regierung abgeschlossene Vertrag noch nicht in Wirksamkeit getreten, und in demselben die Bestimmung getroffen ist, daß etwa nöthig werdende Gesetzesänderungen durch dahin zielende Vorlagen bewerkstelligt werden sollen. Zum Beginn der Diskussion erklärte der Präsident des Justizministeriums, Geheimerath Stabel, es sei stets der Wille des Landesherrn gewesen, die Entscheidung dieses hohen Hauses abzuwarten; bekannte Vorgänge hätten hierin eine Aenderung veranlaßt; auch jetzt noch sei es der Regierung erwünscht, daß ihr die Ansicht des Hauses nicht vorenthalten werde, obwohl es sich nur noch darum handeln könne, ob man der Regierung den eingeschlagenen Weg erschweren oder erleichtern wolle. Fürst v. Löwenstein-Wertheim: Die Zweite Kammer habe sich nur der Konvention gegenüber gesehen; jetzt sei die Sachlage wesentlich verändert; im Hinblicke darauf stelle er den Antrag, die Kammer wolle über den Adresseentwurf der Zweiten Kammer zur Tagesordnung übergehen. Der Fürst von Fürstenberg unterstützt diesen Antrag, welcher, weil er die Debatte abschneiden würde, der Geschäftsordnung gemäß, sofort zur Abstimmung kam, jedoch verworfen wurde. Prälat Ullmann sieht in der Wichtigkeit des Gegenstandes einen populären und einfachen Grund der Nothwendigkeit der ständischen Zustimmung. Er betonte außerdem von seinem speziellen Standpunkte aus zwei Bedenken gegen die Konvention: das Versäumniß einer Verwahrung gegen alle Eingriffe in die Rechte der evangelischen Kirche (wie in der württembergischen Konvention) und die Verletzung des als kirchliche, politische und soziale Nothwendigkeit anerkannten Rechtsgrundsatzes der Rechtsgleichheit beider Konfessionen. Staatsrath Trefurt hob unter Bezugnahme auf §. 65 der Verfassung hervor, wie jeder einzelne Satz der Konvention die persönliche Freiheit und das Eigenthum, wenn auch nicht aller, doch einzelner Staatsangehörigen, berühre. Geh. Hofrath von Mohl: Das System der katholischen Kirche sei an Scharfsinn, Konsequenz und Schlagfertigkeit unübertrefflich; man solle sich keinen Illusionen hingeben; Rom gegenüber müsse der Staat sich unterwerfen oder eine selbständige Stellung einnehmen. Was die Wichtigkeit des Gegenstandes anlange, so müsse man, da die Verfassung selbst keine Bestimmung enthalte, die Natur der Sache zu Hülfe nehmen, und da verstehe es sich doch von selbst, daß, wo ein ganz neuer Zustand geschaffen, die bisherigen Verhältnisse so zu sagen auf den Kopf gestellt werden sollen, die Stände ein Recht zum Mitsprechen haben müssen. Frhr. v. Stotzingen: Der Grundsatz der Omnipotenz des Staates in seiner Anwendung auf die Kirche unterwerfe sie der Büreaukratie und erniedrige sie zu einer Polizeianstalt. Jedes Einmischen des Staates in kirchliche Angelegenheiten verletze die Gewissen und führe zu ernsten Konflikten. Die badische Verfassung sei ein Privilegium und müsse bezüglich der den Ständen gewährten Rechte strictissime interpretirt werden. Die Konvention liege als rechtsverbindlicher, vollzugsreifer Vertrag vor. Der Präsident des Ministeriums des Innern würdigte die einzelnen gestellten Anträge und wünschte Annahme des Majoritätsantrags, wegen des in ihm ausgesprochenen, der Regierung günstigen Prinzips. Hofrath Schmidt: Man könne eine unbillige büreaukratische Behandlung der Kirche mißbilligen; auf Friede zwischen dem heutigen Staate und Rom dürfe man aber nicht hoffen, Rom leugne die Gleichberechtigung der Konfessionen und müsse sie leugnen; der Staat erkenne nur seine Souveränität an, die Kirche nur die ihrige. Nebeneinander können sie nur bestehen, wenn der Staat als Souverän nach seinen Grundsätzen der Kirche die höchsten Privilegien gewähre, jedem Ueberspielen des Dogma ins praktische Leben aber entgegentrete. Die Konkordate bildeten ein ernstes Stück deutscher Geschichte; als zweckmäßige Art der Regelung werde man sie aber nicht betrachten wollen. Wer nach Rom gehe, müsse bringen und dürfe nicht erwarten, zu nehmen; dies zeigten alle Hauptbestimmungen der Konvention, welche die Souveränität des Staates verleugne und die der Kirche anerkenne. Frhr. v. Gemmingen: Souverän sei nicht der Staat, sondern der Landesherr; der Vorredner wolle das jus reformandi wieder einführen. Mit wenigen ernsten Worten wies Hofrath Schmidt dieses offenbare Mißverständniß zurück. Noch sprachen für den Minoritätsantrag Graf v. Leiningen und Frhr. v. Türkheim, für den Majoritätsantrag Frhr. v. Reizenstein, der sich als Feind dieser wie jeder Konvention erklärte und zum Beweise seiner Behauptung den Ausspruch eines französischen Philosophen des vorigen Jahrhunderts zitirte: tout gouvernement, qui laisse du pouvoir au prètre, est insensé. Nach wenigen Schlußworten des Berichterstatters der Majorität, Frhr. v. Göler, erfolgte die Abstimmung, durch welche der Majoritätsantrag (wie schon telegraphisch gemeldet) mit 13 gegen 8 Stimmen zum Beschluß erhoben wird. Von den anwesenden 4 Standesherren stimmte nur der Markgraf Maximilian für den Majoritätsantrag. (F. J.)

— [Regierung und Erzbischof.] Das schon erwähnte Schreiben des Staatsministeriums an den Erzbischof von Freiburg enthält wirklich die Mahnung an den Kirchenfürsten, seine Stellung als Staatsunterthan in Acht zu haben und giebt zugleich für den Klerus die Zusicherung, daß die großh. Regierung demnächst ihre Fürsorge für denselben an den Tag legen werde. Dagegen stehen alle katholischen Geistliche wie ein Mann auf Seiten des Erzbischofs, an welchen sie Adressen senden, deren Inhalt immer ausspricht: „Befiehl, wir folgen". Man schließt nun aus obigen Worten des Staatsministerialschreibens, daß die Regierung mit der definitiven Besetzung von Pfarreien vorgehen werde. Es wäre dies der Anfang zum neuen Kampf zwischen Staat und Kirche; denn der Erzbischof hat die Mittel in der Hand, solche Ernennungen unwirksam zu machen, wenn wirklich ein Priester eine ihm vom Staate übertragene Pfründe annehmen wollte, und voraussichtlich wird er diese Mittel anwenden. Das weiß die Regierung, und sie wird deshalb wohl mit ihrem Vorgehen zurückhalten, bis sie den beabsichtigten gesetzlichen Zustand der kirchlichen Verhältnisse ins Leben gerufen haben wird. (N. P. Z.)

Hessen. Kassel, 20. Mai. [Gegen Borries; Beiträge zum Nationalveein; Preßplackereien.] An der Spitze der Erklärung, welche auch von hier aus gegen den hannoverschen Minister v. Borries erlassen ist, stehen der Ober-Bürgermeister Hartwig und der Präsident der Zweiten Kammer, Ober-Finanzrath a. D. Zuschlag. Letzterer ist zugleich Vorstand des Gemeinde-Ausschusses. Dann folgen die Mitglieder des Stadtraths und des Bürgerausschusses und weiterhin 13 Herren (Aerzte, Obergerichts-Anwälte, Buchhändler und Fabrikanten). Auch in Karlshafen sind neben dem Rechts-Anwalt Alsberg viele der angesehensten Geschäftsleute jener Erklärung beigetreten. — Der „Hess. Morgen-Ztg." fließen fortwährend reiche Beiträge „zu guten" oder „gemeinnützigen Zwecken" d. h. für die Zwecke des Nationalvereins zu. Das Verbot der Polizei hat sich also nicht nur gänzlich unwirksam erwiesen, sondern allem Anschein nach gerade zur Förderung der von ihr mit so mißliebigen Augen betrachteten Sache beigetragen. — Von größerem Interesse ist der Krieg, den unsere Polizei gegen den unermüdlichen Dr. Oetker führt. Wie es scheint, will sie ihn um jeden Preis zum Märtyrer einer guten Sache machen. So meldet sein Blatt, die „Hessische Morgen-Zeitung", heute: daß Dr. Oetker am 15. d. polizeilich vernommen sei, wer denn derjenige sei, bei welchem sich noch Abdrücke des Schriftchens über die Preßzustände in Kurhessen vorfänden; darauf habe er (Oe.) geantwortet: der Verleger Wilh. Küchler in Frankfurt a. M. besitze noch Exemplare. Zugleich ist der Redaktion jenes Blattes durch Verfügung der Polizeidirektion auf Anordnung der Provinzial-Regierung folgende Berichtigung zugegangen:

„Die „Hessische Morgenzeitung" hat in Nr. 158 (vielmehr in 159) vom 11. d. M. gemeldet, daß die Provinzial-Regierung ein von der hiesigen Polizeidirektion erlassenes Verbot des Verkaufs der „kleinen Schrift Oetkers, wodurch dieser sein Gesuch um Stellung vor Gericht begründete", „bestätigt" habe, obgleich Seitens kurfürstlicher Staatsprokuratur der Inhalt der Schrift nicht strafbar befunden worden sei. Vielmehr ist die Sache die, daß die Verbreitung jener im Auslande erschienenen Schrift in Kurhessen durch das Ministerium des Innern Kraft des §. 16 der Verordnung vom 19. Dezember 1854 verboten worden ist, wodurch es einer kriminellen Strafbarkeit des Inhalts gar nicht bedurfte."

Dazu bemerkt die „H. M. Z.": „Hiernach wird sich die Sache so verhalten, daß erst die Polizeibehörde den Verkauf untersagt hat, und hiernächst durch Vermittelung der Regierung das Ministerialverbot den Buchhandlungen bekannt gemacht worden ist. Die Hauptsache bleibt indessen bestehen, nämlich der Umstand, daß der Verkauf einer Schrift im Verwaltungswege verboten worden ist, deren Inhalt die Staatsprokuratur nicht strafbar befunden hat." — Dasselbe Blatt erhält endlich die sonderbare Mittheilung, daß ein ehemaliger Mitarbeiter der ultra-demokratischen „Hornisse" Aussicht habe, Polizei-Direktor unserer Residenz zu werden.

Großbritannien und Irland.

London, 20. Mai. [Tagesbericht.] Die Königin ist gestern in Begleitung des Prinz-Gemahls und der jüngeren Mitglieder der königlichen Familie nach Osborne auf der Insel Wight abgereist. — Die Zeichnungen für die beantragte internationale Londoner Industrieausstellung des Jahres 1862 betragen bereits 239,950 Pfd. St. Die veranschlagte Garantiesumme ist bekanntlich 250,000 Pfd. St., zu der Prinz Albert 10,000 Pfd. St. beizusteuern versprochen hat, wenn erst 240,000 Pfd. St. gezeichnet sind. Somit wäre der Garantiefonds heute schon so viel wie vollständig. — Wie der „Observer" meldet, hat die Königin Herrn Charles Kingsley, Verfasser von „Alton Locke" und „Hypatia", zum Professor der neueren Geschichte an der Universität Cambridge ernannt. Kingsley war bisher Pastor zu Eversley in Hampshire. — Dem kühnen Nordpolfahrer, Kapitän Sir F. M'Clintock, der bei Aufsuchung der Spuren von Sir John Franklin's Expedition eine sehr große Thätigkeit entwickelt hat, ward gestern das Ehrenbürgerrecht der City verliehen. — Die Preisboxer Heenan und Sayers haben sich, wie es heißt, zu einem friedlichen Kompromiß herbeigelassen, dessen Hauptparagraphen darauf hinausgehen, daß der Kampf zwischen Beiden nicht wieder aufgenommen wird, daß Jeder von ihnen einen Ehrengürtel auf dem Wege öffentlicher Subskription erhält, und daß der bisherige Ehrengürtel so lange in Verwahrung bleibt, bis ihn ein neuer Kämpe erobert. Damit ist hoffentlich diese Periode der Kulturgeschichte abgeschlossen, und einem großen Theil des Publikums die Gemüthsruhe zurückgegeben, um sich wieder mit anderen Ereignissen der Zeit zu befassen. — Bei seinem neulichen Ausfluge nach Egypten stattete Prinz Alfred von England dem Vizekönig, Said Pascha, einen Besuch ab. Kurz darauf schickte der Vizekönig den Offizieren und der Mannschaft des englischen Schiffes „Euryalus" ein reiches Geschenk in der Gestalt von Lebensmitteln, unter Anderm 4 lebendige Ochsen, 17,490 Pfund Rindfleisch, 132 Schafe, eben so viel wälsche Hähne, 1650 Hühner, 66,000 Laib Brod, 396 Pfund Butter, 200 Pfund Thee, 1815 Pfund Kaffee, 3300 Pfund Zucker, 330 Flaschen Oel, 396 Gallonen Milch, 132 Gallonen Nußkerne, 1400 Pfund Maccaroni, 200 Tauben, 6270 Pfund Reiß, 3000 Zitronen, 300 Pfund Rettiche, 8300 Eier, 360 Pfund Tabak, 1500 Zwiebeln, 1000 Pfund Artischocken, 3000 Pfund Kartoffeln, 33 Zentner Kürbisse, 1300 Pfund Sellerie, 170 Pfund Petersilie u. s. w. — Der „H. B. H." vom 21. Mai geht eine von den Herren Mankiewicz Archer u. Ko. in London abgesandte telegraphische Depesche mit folgender authentischen Privatnachricht aus China zu: Das Ultimatum ist abgelehnt worden und es kommt daher zum Kriege. Die nördlichen Häfen sind blokirt.

— [Ueber das Unternehmen Garibaldi's] schreibt der heutige „Observer": „Seine Landung auf Sicilien ist eines jener Ereignisse, welche mehr in das Gebiet des Romans, als in das der Geschichte zu gehören scheinen. Nur wenige der romantischesten Unternehmungen der Weltgeschichte lassen sich in Bezug auf Kühnheit und Gefahr mit der vergleichen, deren Zeuge wir so eben gewesen sind. Es würde voreilig sein, den Erfolg der Sache voraussagen zu wollen. So viel aber wissen wir, daß, wenn es überhaupt Jemanden giebt, dem man zutrauen darf, er werde eine solche Expedition einem glücklichen Ende entgegenführen, Garibaldi der Mann dazu ist. Er ist Einer von denen, deren höchste Weisheit darin besteht, daß sie wissen, wann ein kühnes Wagen am Platze ist. Was bei einem Andern tolle Verwegenheit und verzweifelter Leichtsinn sein würde, das ist bei ihm nur das Ergebniß ruhiger Ueberlegung und unbeugsamer Entschlossenheit."

— [Verurtheilung.] Pullinger, der Kassirer der „Union Bank", der binnen 5 Jahren 260,000 Pfd. Sterl., und man weiß noch immer nicht genau wie, verausgabt hat, stand am 15. d. vor den Assisen des Zentral-Kriminal-Gerichtshofes. Der Prozeß war rasch abgethan. Um dessen Gang zu vereinfachen, war er zunächst angeklagt, gegen 4000 Pfd. St. (wo der Nachweis sich am besten führen ließ) gestohlen zu haben. Der Angeklagte bekannte sich schuldig und erlaubte sich eine Bitte um Milderung seines eventuellen Strafurtheils nur deshalb, weil er, unmittelbar nach geschehener Entdeckung seines Betruges, sein und seiner Frau Eigenthum ohne Rückhalt ausgeliefert, sich auch sofort als der alleinige Schuldige bekannt hatte. Der Richter aber, Baron Channell erklärte, daß der Gerichtshof im vorligenden Falle diese Milderungsgründe nicht berücksichtigen könne und auf das höchste Strafmaaß erkennen müsse, nachdem der Angeklagte fünf Jahre hinter einander das in ihn gesetzte Vertrauen systematisch mißbraucht und Unterschleife in riesigem Betrage während dieser Zeit systematisch begangen habe. Das Urtheil lautete auf 20 Jahre Zwangsarbeit. Die Berufung an die Krone (den Staatssekretär des Innern) bleibt dem Verurtheilten freigestellt, doch zweifelt man, daß ihm eine Milderung zu Theil werden wird.

London, 22. Mai. [Parlament.] In der gestrigen Sitzung des Unterhauses kündigte Kinglake an, daß er morgen die Mittheilung der Papiere fordern werde, welche über die Ansichten der Mächte betreffs der Neutralisation Chablais und Faucignys im Jahre 1815 Aufschluß geben. Auf eine Anfrage Dalglish's erwiderte Russell, die von Lord Palmerston im Jahre 1849 gegebenen Instruktion würden jetzt zum Schutze der politischen Flüchtlinge in Neapel und Sicilien durch die englische Flagge befolgt werden. Auf eine Anfrage Kinglake's erwiderte Russell, er könne die Frage nicht beantworten, welche Ansichten die Mächte über die sicilianische Revolution hätten. Oestreichische Schiffe seien nur zum Schutze der östreichischen Unterthanen abgesandt worden. Gegen den sicilianischen Aufstand einzuschreiten, habe bis jetzt keine Macht die Absicht gezeigt. (Tel.)

Frankreich.

Paris, 20. Mai. [Zur savoyischen und orientalischen Frage.] Französische Publizisten haben ein neues Argument gegen die Schweiz entdeckt, welches, so flach und leicht widerleglich es auch an sich ist, doch, im Munde des Stärkeren, jedenfalls die Bedeutung hat, dessen Herzenshärtigkeit und Unbußfertigkeit zu dokumentiren. Ich würde das widersinnige Argument hier nicht mittheilen, wenn ich nicht voraussähe, daß es bestimmt ist, seinen Weg in der Welt zu machen; denn es geht vom Palais royal aus

d. h. dem Annexionsbüreau des Kaiserthums. Es heißt nämlich, da sich im Jahre 1816 Sardinien und die Schweiz nicht über die eigentlichen Verpflichtnngen der Schweiz in Betreff der neutralisirten Distrikte, einigen konnten, so habe damals Sardinien (unter dem 21. September 1816) gegen seine, schon geschehene, Abtretung der Genfer Bezirke protestirt, und Sardinien oder dessen Rechtsnachfolger in Savoyen sei noch heute berechtigt, dieseben zu reklamiren. Bei dieser überraschenden Drohung, die wie aus der Pistole geschossen kommt, wird gänzlich übersehen, daß die piemontesische Protestation vom 21. Septbr. 1816 nicht bloß erfolglos blieb, sondern auch gar keinen rechtlichen Charakter haben konnte, da die Territorialbestimmungen, um welche es sich hier handelt, schon in die Wiener Kongreßakte anfgenommen und als Theile der schweizerischen Neutralität von den europäischen Großmächten garantirt waren. Daß damals die Großmächte überhaupt versäumt haben, der Schweiz, Frankreich gegenüber, die materiellen Garantien fester Punkte und strategischer Linien einzuräumen, war einfach das Resultat der Talleyrand'schen Intriguen bei Alexander I., keineswegs aber die Folgerung aus einem etwaigen System, wonach die Schweiz nur auf den guten Willen ihrer mächtigen Nachbaren angewiesen sein sollte. Wenn es in den Aktenstücken manchmal den Anschein hat, als seien die Nordsavoyen betreffenden Klauseln nur in Sardiniens Interesse verfaßt, so ist das allerdings die Schuld der allzu pfiffigen Schweizer Diplomaten von 1815. Napoleon III. aber scheint das besondere Geschick zn haben, seine einstigen Schützlinge nach der Reihe zu verderben. Der Papst, der Sultan und die freie Schweiz wurden alle drei von seiner Adler Fittigen gedeckt. Jetzt werden die französischen Truppen (definitiv) Rom verlassen, und was den Großtürken betrifft, so ist an der Tragweite der russischen Note vom 4. Mai, die vor ungefähr acht Tagen hier verlesen ward, nicht mehr zu zweifeln. Es steht fest, daß der türkische Gesandte der viel besprochenen Gortschakoff'schen Konferenz in Petersburg nicht beigewohnt hat, und daß die daselbst verlesene Note als ersten Akt die Absendung eiuer Kollektivnote der Großmächte an den Divan beantragt, um die türkische Regierung an ihre, 1856 eingegangenen Verpflichtungen gegen ihre christlichen Unterthanen zu erinnern. Mehr bedarf es wohl nicht, um mit Rußlands Hülfe die entsprechenden Aufstände in den christlichen Provinzen zu erregen. (N.Z.)

— [Tagesbericht.] Das „Pays" knüpft an die Nachricht von dem Siege der neapolitanischen Truppen über die Garibaldianer die Hoffnung, der König von Neapel werde nun eine „progressive und liberale" Politik verfolgen, deren „Beispiel, Vertreter und ruhmreicher Typus" in der europäischen Welt Frankreich sei. — Das „Pays" schreibt ferner: „Das römische Anlehen ist von Oestreich nicht so günstig aufgenommen worden, als die päpstliche Regierung erwarten durfte. Wenn wir gut unterrichtet sind, so hätte die östreichische Regierung geantwortet, daß die Gesetze die Eröffnung einer auswärtigen Subskription nicht gestatten, und das Wiener Kabinet daher weiter nichts gewähren könne, als das Versprechen, nicht zu verhindern, daß man die Subskription durch Vermittlung der Bankhäuser, aber ohne jede Veröffentlichung, betreibe. Die päpstliche Regierung war vielleicht berechtigt, einen frenndlicheren Beistand zu erwarten." — Der General Goyon, der Kommandant der Besatzungstruppen in Rom, hat dem General Lamoricière zu Ehren ein Festmahl veranstaltet, zu dem viele Offiziere und sonst Personen von Auszeichnung eingeladen waren. Wie Briefe aus Rom melden, wäre Lamoricières Einfluß in Rom gebrochen und seine Rathschläge verhallen ungehört. Man sagt, der Papst habe sich vergeblich bemüht, sich von Antonellis Einfluß zu befreien, dieser behaupte sich jedoch. — Die in Paris anwesenden Italiener haben beschlossen, zu Gunsten des Kommandanten der englischen Korvette von Marsala eine Subskription zu eröffnen und für den Ertrag einen Ehrendegen für den genannten Marineoffizier zu beschaffen. — Man hat, recht wie man sie zu brauchen scheint, eine sehr merkwürdige Denkschrift des Marquis Torcy, Neffen von Colbert, in den Archiven des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten aufgtfunden, worin der genannte Staatsmann im Jahre 1697, auf Befehl des Königs Ludwig XIV., nachweist, daß Frankreich unverjährbare Rechte auf Sicilien habe, die sich von Karl I., Herzog von Anjou und Bruder Ludwig des Heiligen, herschreiben. — Seit dem 12. d. ist hier im Industriepalast die Gartenbauausstellung eröffnet; es sind 1501 Nummern von 251 Ausstellern beigetragen worden. Der Jardin des Plantes soll durch Verlegung des Entrepots von Bercy noch bedeutend vergrößert und der gewonnene Raum zur Acclimatisirung exotischer Gewächse benutzt werden. — Auf einem der Boulevardtheater wird bereits ein Spektakelstück unter dem Titel „Garibaldi der Italiener" vorbereitet. — Die Handelskammer von Toulon hat einstimmig gegen die Aufhebung der Differentialzölle protestirt, welche ausländische Schiffe in französischen Häfen zu zahlen haben.

— [Note des Fürsten Gortschakoff.] Der „Courrier du Dimanche" analysirt heute in einem ihm aus Wien zugekommenen Briefe die Note, welche Fürst Gortschakow in Petersburg am 4. Mai den Repräsentanten der Großmächte vorgelesen hat. Die Einleitung bildet die Versicherung, daß die Lage der Christen in der Türkei Rußland von jeher sehr am Herzen gelegen hat und liegen muß. Sodann wird auf die Stipulationen des pariser Vertrages Bezug genommen und speciel auf den Ferman hingewiesen, durch welchen Abdul Medjid seinen christlichen Unterthanen Reformen und Verbesserungen in Aussicht stellte. Daß dieser Ferman in durchaus gar keiner Hinsicht zur Ausführung gekommen ist, wird weiter nachzuweisen versucht, ja, daß die Pforte die von ihr übernommenen Verpflichtungen ganz und gar vergessen habe. Zum Beweise, daß es in den christlichen Provinzen des Reichs ganz trostlos und unheilvoll zugehe, werden dann mehrere Thatsachen erzählt, wie sie die russischen Agenten rapportirt haben. In Folge dessen werden die Mächte, welche den pariser Vertrag mit unterzeichnet haben, ersucht, die Sache der Christen nochmals in die Hand zu nehmen und den Sultan durch eine Kollektivnote oder durch identische Einzelnoten an seine Pflicht zu mahnen. Der türkische Gesandte ist zu dieser Vorlesung nicht zugezogen gewesen und hat auch keine Mittheilung darüber empfangen. Alle übrigen Gesandten haben ihre Kabinette sofort in Kenntniß gesetzt, und das Tuilerienkabinet ist bereits am 12. Mai im Besitze der Gortschakow'schen Note gewesen.

— [Die Insurrektion auf Sicilien.] Nach den letzten Depeschen aus Neapel ist der Kampf zwischen den königlichen Truppen und den Freischaaren Garibaldi's kein entscheidender gewesen. Die Freunde Garibaldi's sind sogar geneigt, anzunehmen, daß die königlichen Truppen, die nach der Schlacht bei Calatafimi wieder nach Palermo zurückgingen, eigentlich geschlagen worden seien. Die „Patrie" bringt Folgendes: „Die Nachricht eines von den neapolitanischen Truppen erfochtenen Sieges bestätigt sich. Man versichert, daß Depeschen in diesem Sinne bei den hiesigen Legationen angekommen sind. Nach den zirkulirenden Gerüchten fand der Zusammenstoß bei Silsa statt, einem kleinen, auf der rechten Seite von Calatifimi gelegenen Orte. Die mit großem Ungestüm angegriffenen Freischaaren sollen sich energisch vertheidigt und ihren Rückzug in guter Ordnung angetreten haben. Sie ließen eine gewisse Anzahl Todte, die von ihrem Muth und ihrer Energie Zeugniß ablegen, auf dem Kampfplatze zurück. Angesichts dieser Thatsachen, die wir unter allem Vorbehalt mittheilen, müssen wir hinzufügen, daß den letzten Nachrichten zufolge die Insurrektion sich auf einer großen Anzahl von Puncien organisirte. Man versichert, daß, wenn die verschiedenen Insurgenten-Abtheilungen, die man in den Provinzen Messina, Palermo, Trapani und Girgenti organisirt, zu Garibaldi's Freischaaren stoßen werden, die insurrektionellen Streitkräfte ein Korps von 12,000 wohl bewaffneter und mit allem Nöthigen versehener Männer bilden werden. Dieses Korps, seine Aktion mit den isolirten Abtheilungeu kombinirend, kann sehr ernsthafte Operationen unternehmen und muß mit dem Erfolg an Zahl gewinnen."

Schweiz.

Bern, 16. Mai. [Militärische Vorkehrungen.] In Les Rousses werden von den Franzosen ganz außerordentliche militärische Maaßregeln seit einigen Tagen getroffen. In Folge dessen hat auch der Bundesrath einige neue militärische Anordnungen verfügt.

Italien.

Turin, 18. Mai. [Die Landung Garibaldi's.] Wir erfahren heute, in welcher Weise es Garibaldi gelungen ist, die Landung zu bewerkstelligen. Dieselbe ist vorzüglich ein Werk der Ueberraschung gewesen. Die beiden Fahrzeuge wählten Marsala vorzüglich, weil dieses eine Station der Engländer auf dem Wege nach Malta ist. In den sicilianischen Gewässern angekommen, pflanzten Garibaldi's Schiffe die englische Flagge auf und thaten, als würden sie an Marsala vorüberfahren und weiter auf Malta lossteuern. Da die Männer der Expeditiou alle rothe Uniform tragen, so glaubten die neapolitanischen Schiffe und so auch eine vor Marsala kreuzende Fregatte, sie hätten es mit einem englischen Schiffe zu thun, und ließen passiren. Etwas unterhalb des Hafens von Marsala angelangt, machten die beiden sardinischen Dampfer plötzlich Kehrt und manövrirten so rasch und so sicher, daß die Landung und Ausschiffung schon bewerkstelligt war, noch ehe das neapolitanische Kriegsschiff von seiner Ueberraschung zu sich kam.

Turin, 19. Mai. [Tagesnotizen.] Heute begann die Deputirtenkammer die Diskussion über den Züricher Vertrag. Der mit Prüfung des Vertrages vom 24. März beauftragte Ausschuß hat den Marchese Rova zu seinem Berichterstatter gewählt. Die savoyischen Deputirten, die sich bis jetzt des Erscheinens in der Kammer enthalten hatten, haben den Beschluß gefaßt, an der Diskussion des Vertrages theilzunehmen, um die Einverleibung Savoyens mit Frankreich zu unterstützen. Die Grenzlinie wird dem Vernehmen nach vor der Diskussion festgesetzt und das Fort Lesguillon zerstört werden. — Es heißt, die Regierung habe Befehl gegeben, die Einkünfte des erledigten Erzbisthums in Besitz zu nehmen. Das Kapitel wird sich Behufs einer neuen Ernennung versammeln; allein man glaubt, daß sich die Regierung die Bestätigung vorbehalten werde. — Der „Espero" meldet: „Nach Briefen aus Venedig hat die östreichische Regierung die Eisenbahnverwaltung angewiesen, 3000 Waggons zum Truppentransport nach Venedig bereit zu halten." — Herr Bertani eröffnet im persönlichen Auftrage Garibaldi's eine eigene Garibaldikasse, da man ganz unabhängig von der Regierung und dem ministeriellen Nationalvereine sein will. — Das vielverkündigte französische Blatt L'Italie Nouvelle ist endlich erschienen. — In der Grenzbestimmungsfrage hat Frankreich schließlich nachgegeben, und Sardinien behält Sospello und Saorgio.

Florenz, 15. Mai. [Ueber die Stellung des italienischen Adels] schreibt man der „K. Z." von hier: Ein großer Theil des Adels, den piemontesischen ausgenommen, sah unter den absolutistischen Regierungen das dolce far niente als sein Zugehör an. Während seine Voreltern als Kaufleute und Fabrikanten an der Spitze ihrer Munizipien sich Vermögen und Ehre erwarben, ja, noch im Anfange des Jahrhunderts große Geschäfte von Adeligen betrieben wurden, ist dies jetzt nur selten der Fall; eher ergeben sie sich schönen Künsten. Daher ist ihr Vermögen und Einfluß je mehr und mehr in die fleißigen bürgerlichen Hände gekommen; nur einzelne Adelige, welche durch ihre Willenskraft sich auszeichneten, wie hier Ricasoli, haben dafür eine hohe Stellung erlangt. Dieser hat denn aber auch bis jetzt einer ungeheuren Geschäftslast sich gewachsen gezeigt, Napoleon und seinen Agenten eine Energie entgegengesetzt, an welcher der kaiserliche Wille scheiterte. Wenn auch einmal bei uns jeden Tag verwirrende Gerüchte von mysteriösem Ursprunge aufzüngeln, so seien wir gewiß, daß Napoleon etwas anzetteln will. Auch Hunderte vom Adel erhoben sich voriges Frühjahr aus dem langgewohnten üppigen Leben und folgten mit der Büchse den Fahnen Garibaldi's auf seinen kühnen Märschen. Man meinte dieses Mal in Italien nicht, wie 1848, man müsse mit Heldenariensingen Offiziers-Epauletten sich verdienen. So einmal aufgerüttelt, sucht der bessere Theil des jungen Adels nun durch Bildung sich in dem befreiten Vaterlande eine würdige Stellung zu schaffen. Nicht wenige edle Mütter haben längst in aller Stille, trotz der großen Hindernisse von Kirche und Staat, darauf hingezielt, wie die treffliche Gattin Lajatico's. Der Nobile verräth den Fremden gegenüber nicht selten durch eine gewisse verschämte Zurückhaltung, daß er sich seiner Unwissenheit wenigstens schämt, was sonst nicht überall der Fall ist. Dieses Bewußtsein der mangelhaften Bildung hat auch eine gewisse Angst vor der Gewalt der Geistlichkeit zur Folge, welche sich nicht selten unter Spott verbirgt. Nichts könnte die sonst vielfältig schöne Entwickelung so sehr wieder in die Extreme werfen, als ein ernstlicher Kampf zwischen der Kirche und der nationalen Bewegung. Es ist daher ein Glück, daß immer noch Oestreich der Sündenbock ist, daß östreichisch gleichbedeutend ist mit reaktionär; wie denn eine nicht ungebildete Frau zu mir sagte: „Die Oestreicher haben in Sicilien wieder schreckliche Grausamkeiten ausgeübt!" Die gleichheitliche Stellung des Adels und des Bürgerstandes zu den niederen Klassen hat wiederholt eine seltsame Gestalt angenommen. Seit 1849 war längere Zeit der Apennin zwischen Bologna und Florenz unsicher; bewaffnete Schmuggler forderten von vermöglichen Familien bestimmte Summen im Auftrage von Söhnen guter Familie; allein diese oder die Massen entsetzter Beamten waren durch die Reaktion ohne Pässe und ohne Existenzmittel aus den Städten geworfen. Und nun versichern mir Kaufleute, daß in derselben Gegend in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres beinahe gar nicht mehr geschmuggelt worden sei, da bis zur Abschaffung des Zolles dieser zur Landesvertheidigung erhoben wurde. Ich bezweifle, ob dies nachhaltig gewesen wäre; zum Glück ist aber neben so vielen anderen Plackereien und Prellereien der Kleinstaaterei auch der Zoll abgeschafft.

Nizza, 14. Mai. [Verfassungsfeier.] Nachdem hier die Abhaltung der Verfassungsfeier verboten war, gingen viele Nizzarden nach Villafranca, wo ein piemontesisches Bataillon liegt, und wohnten der dortigen Feier bei.

— [Ein Brief Garibaldi's an Victor Emanuel.] Vor seiner Abfahrt von Genua richtete Garibaldi folgendes Schreiben an den König Victor Emanuel:

Sire! Der Hülferuf, der aus Sicilien herübertönt, hat mein Herz und die Herzen mehrerer Hundert meiner alten Waffengefährten gerührt. Ich habe meinen Brüdern in Sicilien nicht den Rath zum Aufstande ertheilt. Nachdem sie sich jedoch im Namen der Einheit Italiens, die in Ew. Majestät verkörpert ist, gegen die schmählichste Tyrannei unseres Zeitalters erhoben haben, zögerte ich nicht, die Leitung der Expedition zu übernehmen. Ich kenne das Gefahrvolle meines Unternehmens, aber ich baue auf Gott, auf den Muth und die Hingebung derer, die mir folgen. Unser Kriegsruf wird stets sein: „Lange lebe die Einheit Italiens!" „Es lebe Victor Emanuel, ihr erster und tapferster Soldat!" Sollten wir durch dieses unser gegenwärtiges Unternehmen zu Grunde gehen, dann wird, wie ich mit Zuversicht hoffe, Italien und das freisinnige Europa nicht vergessen, daß uns die uneigennützigsten patriotischen Gefühle dazu bestimmt hatten. Erreichen wir unsern Zweck, dann werde ich stolz darauf sein, die Krone Ihrer Majestät mit einem neuen, und vielleicht mit dem allerkostbarsten Juwel zu schmücken, unter der einzigen Bedingung, daß Sie Ihren Rathgebern nicht gestatten mögen, es Fremdlingen zu überliefern, wie mit meinem Geburtslande geschehen ist. Daß ich meinen Plan Ew. Majestät nicht früher mitgetheilt habe, geschah aus der Besorgniß, daß die große Ergebenheit, die ich für Ew. Majestät Person fühle, mich am Ende vielleicht bewogen hätten, ihn aufzugeben. Ew. Majestät allergetreuester Unterthan G. Garibaldi.

— [Die Lage in Sicilien.] Die „Patrie" giebt nach Briefen aus Süditalien, die jedoch nur bis zum 15. Mai reichen, eine Uebersicht über die Lage, wie sie bis zu diesem Tage war. Darin heißt es: „Auf Sicilien hat sich der Stand der Dinge wenig verändert. Das Garibaldi'sche Freiwilligenkorps hatte seinen Marsch eingestellt. Bei Abgang der letzten Nachrichten also am 15. Mai, scheint es Alcamo auf seinen linken Flügel lassen und sich Cerrara nähern zu wollen, um seine Verbindung mit einem 1260 Mann starken Korps, das in der Provinz Messina errichtet worden, zu bewirken. Auf der anderen Seite scheint aus den Berichten mehrerer von Sicilien eingetroffenen Kapitäns von Handelsschiffen zu erhellen, daß Trapani noch nicht von den neapolitanischen Truppen geräumt, war und daß die Besatzung von der Seeseite her Verstärkung an sich zu ziehen suchte. Diese Thatsache ist deshalb wichtig, weil die Freiwilligen ein Korps nicht außer Acht lassen dürfen, das, sich auf eine Festung wie Trapani stützend, sie im Rücken bedrohen und zwischen dieser Festung und Calatafimi konzentrirt bleiben würde." In dieser Situation ist der Schlüssel zu dem Gefechte bei Calatafimi gegeben. Wenn wirklich „alle neapolitanischen Streitkräfte" hier mitwirkten, also auch die Besatzung von Trapani, und wenn die Truppen nach dem Gefechte sich auf Palermo zurückzogen, so scheint Trapani nunmehr geräumt, die frühere Genueser Depesche, wonach ganz Sicilien bis auf Palermo und Messina von den Truppen geräumt sei, jetzt richtig zu sein. In Marsala, wo viele Engländer und andere ausländische Geschäftsleute wohnen, hat man sich natürlich bemüht, den Helden des Tages zu bewillkommen, aber weder einem Ausländer noch einem der Führer sicilianischer Schaaren war es bis zum 15. gelungen, Garibaldi's ansichtig zu werden. Die Befehle tragen die Unterschrift Nino Bixio's, der unterzeichnet: „Für den General und in dessen Auftrage." Diesen Befehlen wird auf Sicilien Folge geleistet, als wenn Garibaldi in Person unterzeichnete. „Der Name Garibaldi ist auf der Insel allmächtig, und die Elemente der Bewegung scheinen beträchtlich zu sein", heißt es am Schlusse dieser Uebersicht. Auf der Terra Firma war am 15. Mai die ganze neapolitanische Grenze von Fondi bis Tagliacozzo mit Truppen besetzt; ein Armeekorps mit dem Hauptquartier in Aquila war in den Abruzzen konzentrirt, und die Seeküste wurde vom Golf von Terracina bis zu dem von Neapel streng überwacht. Einige Freiwillige, die ans Land gestiegen waren, wurden bei Itri verhaftet und nach Gaeta geführt. In Calabrien wurde die Wachsamkeit der Behörden dadurch angespornt, daß es gelang, in dem kleinen Hafen Pizzo in Calabria ulteriore prima, am Golf von Eufemia, Waffen und Korrespondenzen aufzufangen, woraus man erfuhr, daß Garibaldi den Plan hege, Calabrien zum Hauptschauplatze des Kampfes zu machen. Das Hauptquartier des einen Armeekorps in Calabrien ist in Catanzaro, das andere in Reggio an der Meerenge von Messina.

— [Die Landung der Garibaldi'schen Expedition.] Ein Privatschreiben, das dem Londoner Lieferungshause Messrs. O'Byrne direkt aus Marsala vom 11. Mai zugegangen ist, bringt über die Landung der Expedition folgende Einzelheiten: „Um halb drei oder drei Uhr Nachmittag traten wir in ein Kaffeehaus. Wenige Minuten später kamen mehrere Burschen herein, die Einen in ihrer gewöhnlichen Kleidung, Andere in rother Bluse, aber alle mit Musketen und Bayonnetten bewaffnet. Die anwesenden Gäste schienen ihnen durchweg freundlich gesinnt zu sein, und auf die Frage, was denn vorgehe, erhielten wir zur Antwort, es handle sich um „Viva Italia" und Garibaldi sei gelandet. Sofort machten wir einen Gang durch die Stadt und überzeugten uns, daß sie im Besitze der Soldaten (Patrioten) war. Wir wollten aus der Stadt hinaus, wurden aber vom wachthabenden Offizier, einem prächtig aussehenden Burschen, bedeutet, daß wir ohne einen Paß von Garibaldi nicht passiren dürfen. Darauf hin gingen wir nach der Richtung des Molo, um uns auf unser Schiff zu begeben, aber auch hier mußten wir am Thore so lange verweilen, bis man uns einen Paß vom General verschaffte. Auf dem Molo angekommen, trafen wir abermals Bewaffnete, die eben mit Waffen und Schießbedarf an Land gekommen waren. Hier erfuhren wir, daß ihrer gegen 2000 gelandet waren und daß Andere nach-

(Fortsetzung in der Beilage.)

folgen werden. Ihr sehnlichster Wunsch war, auf die neapolitanischen Truppen zu stoßen. Sie schienen allesammt schöne tüchtige Leute zu sein, die rechte Sorte, um einer Schüssel Maccaroni aufs Schnellste den Garaus zu machen. Zwei Dampfer hatten sie ans Land gebracht, und zwar unter den Nasen der Neapolitaner, die mit zwei Dampfern und einer Segelfregatte fortwährend die Küste bewacht hatten. Das kleinste dieser Kriegsschiffe hätte die Landung mit Leichtem verhindern können, aber keines wagte auch nur einen Versuch zu diesem Zwecke. Sobald jedoch die Soldaten ausgeschifft waren, kamen die Neapolitaner näher angefahren und feuerten auf die Stadt, oder richtiger gesagt, auf einige Nachzügler am Molo, eine schiere Pulververschwendung, denn viele von den Schüssen waren zu kurz, und wenn Einer von ihnen die Terra firma traf, wühlte er höchstens den Boden im Rücken der Gelandeten auf. Es ist gar kein Zweifel, daß zum wenigsten das zweite von Garibaldi's Schiffen hätte abgeschnitten werden können, aber die Neapolitaner hatten offenbar keine Kourage. Erst nachdem die Truppen ausgeschifft waren, um halb sieben Uhr Abends, nahmen die Neapolitaner von den verlassenen Fahrzeugen Besitz, aber auch dieses geschah erst nach langem Zögern und mit zaghafter Vorsicht. Eben jetzt, wo wir in See stechen, um nach Malta zu fahren, fängt ein Dampfer und eine Fregatte an, die Stadt zu beschießen, ohne daß das Feuer von dieser erwidert würde. Ob sie überhaupt Artillerie mitbrachten, können wir nicht sagen. Gesehen haben wir keine. Die Leute der Stadt nahmen Garibaldi und seine Leute (oder „Garibaldi's Leute?“ Er selbst soll ja angeblich nicht dort sein. D. Red.) mit offenen Armen auf, und es hatte den Anschein, als ob sie längst erwartet worden wären. Zur Zeit der Landung standen keine neapolitanischen Truppen in der Stadt. Wegen des niedrigen Wasserstandes konnten ihre großen Schiffe nicht näher hinanfahren.“ Der letzterwähnte Umstand erklärt vielleicht das Räthsel, weshalb die Ausschiffung nicht verhindert wurde, wobei es jedoch noch immer unerklärlich bleibt, weshalb die neapolitanischen Wachtschiffe keinen Versuch machten, die beiden Dampfer anzugreifen, als sie gegen die Küste zufuhren. Es war heller Mittag, und sie mußten daher lange genug beobachtet worden sein.

Spanien.

Madrid, 18. Mai. [General Elio; die Verzichtleistung der Prätendenten.] Die absolutistischen Journale versichern daß General Elio sich weigert, der Königin den Eid der Treue zu leisten. Er ist deswegen noch zu Tortosa in Haft. Der amnestirte Sekretär des Grafen Montemolin, Antonio Quintanila, ist hier angekommen und begab sich nach Aranjuez. Man sagt, daß er mit dem Konseilspräsidenten und dem Minister des Innern Rücksprache nehmen und wahrscheinlich zum General Elio nach Tortosa geschickt werden wird, um auch dessen Anerkennung der Königin zu erlangen. — Man erwartet mit Ungeduld die auf den 25. angesetzte Eröffnung der Cortes, um auch offizielle Aufklärungen über die Verzichtleistung des Grafen Montemolin und seines Bruders zu erhalten. Uebrigens scheint es nicht zweifelhaft, daß, mit Ausnahme einiger Abweichungen im Texte dieses Dokumentes, der Inhalt genau ist.

Madrid, 19. Mai. [General Elio; Graf Montemolin.] General Elio ist heute eingeschifft worden, um nach Frankreich gebracht zu werden. — Die „Correspondencia Autografa“ äußert, es sei ein Ding der Unmöglichkeit, daß die Regierung der Königin Isabella den Cortes die Abschaffung des Gesetzes, wodurch der Graf Montemolin und dessen Bruder vom spanischen Throne ausgeschlossen werden, vorschlage, und daß die Cortes auf diese Zumuthung eingehen. (Tel.)

Türkei.

Belgrad, 16. Mai. [Fürst Milosch] hatte gestern einen so heftigen Anfall seines alten Leidens, daß alle Aerzte Belgrads zu ihm nach Topschidar beschieden wurden; es ist ein hoffnungsloser Zustand eingetreten.

Afrika.

Alexandrien, 13. Mai. [Wolkenbruch; französische Kommission.] Ein Wolkenbruch hat einen Theil der Eisenbahn zwischen Kairo und Suez fortgeschwemmt. Die aus Indien gekommenen Reisenden wurden dadurch zwei Tage aufgehalten. — Die von der französischen Regierung zur Untersuchung nach dem Rothen Meere geschickte Kommission ist von Said Pascha sehr freundlich aufgenommen worden. Die Resultate der Untersuchung versprechen für die Zukunft der Schiffahrt auf jenem Meere befriedigend zu sein. (Tel.)

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 22. Mai. [37. Sitzung.] Die Tribunen sind reichlich besetzt. Am Ministertische die Herren v. Schleinitz, Frhr. v. Patow, General v. Roon, Graf Pückler, Graf Schwerin, v. Auerswald, Simons, v. Bethmann-Hollweg, Vizeadmiral Schröder, Fürst Hohenzollern, v. d. Heydt und mehrere Regier. Kommiss. Nach Erledigung des zweiten Berichts der Budgetkommission zur Prüfung des Etats pro 1860, kommt bei Berathung des dritten Berichts derselben Kommission Frhr. v. Buddenbrock auf die Kadettenhäuser zu sprechen, die er vor den vielfachen Angriffen Seitens der Demokraten zu retten sucht. Man sage, durch die Kadettenhäuser kämen wir zu Offizieren, welche wenig für ein sogenanntes Volksheer taugten. Dem Redner gefällt aber gerade der Kastengeist im Offizierkorps (Bravo!), denn er sei wahrlich den Tendenzen der Herrn Demokraten vorzuziehen, welche auf ihre Fahne: liberté, égalité, fraternité schreiben. (Bravo!) Dies tauge nicht für Preußen, und könne füglich „dem Räuberhauptmann Garibaldi“ überlassen bleiben. Ebensowenig begründet sei der den Kadettenhäusern gemachte Vorwurf, die Erziehung geschehe in höchst einseitiger Weise; ein Blick auf den Lektionsplan zeige das Gegentheil auf das Eklatanteste. In den Kadettenhäusern lerne man Eins, was keine Schule biete: Befehlen und Gehorchen! und das sei in der Armee die Hauptsache. — Das Haus nimmt alle Kommissionsanträge an. — Das Haus nimmt sodann den Antrag des Hrn. v. Frankenberg, betreffend die Bestätigung der Deich-Statuten, welchen Antrag Graf Itzenplitz für harmlos erklärt, ohne Diskussion an. Hieran knüpft sich der Bericht der 16. Kommission, den Geldbedarf der Militärverwaltung und die Fortsetzung des Zuschlags von 25 Proz. bis zum 1. Juli 1861 betreffend. Der Berichterstatter Dr. Götze empfiehlt mit warmen Worten, dem tapferen Herzen des Kriegsministers vertrauend, die Annahme des Kommissionsvorschlages. — Frhr. v. Zedlitz: Ihrer Kommission stimme ich vollkommen bei, aber mit Gefühlen des Schmerzes und nicht ohne Hoffnung. Schmerz verursacht ein Rückblick auf die Vergangenheit, da wenig Erfolg ist von einem Ministerium, das dem Liberalismus huldigen will. Mit den bisherigen liberalen Maaßnahmen steht nun die intendirte Armeeorganisation in Widerspruch, welche das Ministerium aus Besorgniß vor einem Kommissionsbericht vor 14 Tagen zurückgezogen hat. Ich beklage das sehr, denn Preußen verliert an Ansehen und Einfluß durch solche Schritte, welche ich als eine Prärogative der Krone ansehe. Auch hätte der Finanzminister wohl gut gethan, andere, als die abgegebenen Motive vorzubringen. Was das Wörtchen „einstweilig“ betrifft, so hoffe ich, daß der Kriegsminister wenig Rücksicht darauf nehmen wird. Mit moralischen Eroberungen, mit diplomatischen Noten werden wir wenig ausrichten; Preußen ist und wird nur groß durch das Schwert seiner Armee! (Bravo!) Mit Gott für König und Vaterland! — Graf Arnim-Boitzenburg: Ich muß auf die Entstehung der Vorlage zurückkommen, welche uns vor 2 Wochen überraschte. Es ist nothwendig, den uns gemachten Vorwurf zurückzuweisen, das Herrenhaus habe durch Verwerfung der Grundsteuerausgleichung die Zurücknahme der ursprünglichen Militärvorlage nothwendig gemacht. Die Presse that schon das Ihrige, um das Herrenhaus in Miskredit zu bringen, aber die Regierung unterstützt sie darin. Das Ministerium hätte wahrlich ohne den Widerspruch des anderen Hauses gegen die Militärvorlagen diese nicht zurückgezogen, und doch wird Alles auf das Herrenhaus geschoben. Der Einwurf, das Herrenhaus sei ein prinzipielles, systematisches Hinderniß für die Regierung, sei durchaus ungerecht und ungehörig. Wo fand sie denn bei uns Eigensinn? Wo wurde denn opponirt, bloß um zu opponiren? Im westpfälischen Güterrecht hat das Haus nachgegeben, in der Ehegesetzgebung trugen wir ebenfalls der Regierung Rechnung. Die Rhein-Nahe-Bahn ist vom Herrenhaus in Schutz genommen, denn wir wollten keine Schwierigkeit machen. Und wie steht es denn mit den Grundsteuervorlagen? Wir haben die Privilegien willig geopfert; aber was sagt man in der Presse? Aus Interesse, aus Eigennutz hätten wir die Vorlagen verworfen. So wird die öffentliche Meinung irre geleitet! Wir werden das Rentenbankgesetz annehmen, wir haben die Ablösung der altpommerschen Lehne durchgebracht; ist letzteres Gesetz durch unsere Schuld gescheitert? Wir haben nirgends Widerspruch geleistet und würden heute gern zu den ersten Militärvorlagen ein freudiges Ja sprechen. Unwahr, lügenhaft hat man unsere Beschlüsse kritisirt, ich muß das offen und unumwunden aussprechen. Wir werden da Widerspruch erheben, wo die Regierung nicht selbst regiert, sondern von dem anderen Hause ausschließlich regiert wird. Sehen Sie die Dinge klar an, es ist unleugbar! Wir dienen als Bollwerke da, wo andere Kräfte die Regierung in eine Strömung hineintreiben, die ihr selbst nicht zusagen dürfte. Unzertrennlich von uns ist die Vertretung der aristokratischen Interessen; glaubt eine Regierung in Preußen ohne uns fertig zu werden, so glaubt sie an den Bestand einer Seifenblase! Wohin würde wohl die Regierung mit der Volksvertretung allein gelangen? Solche und andere Fragen dringen sich mir auf, wo man dem Herrenhause die Existenz nicht mehr gönnt. Ich wünsche und hoffe, daß die Regierung mehr und mehr von ihren Täuschungen abkommen möge. Wir haben die Militärvorlagen nicht vereitelt. Haben wir doch nur den aristokratischen Elementen, und zwar mit Recht Vorschub geleistet. Im Uebrigen haben wir Alle die ungetheilte Liebe zu unserem theuren Vaterlande. (Bravo!)

Der Finanzminister v. Patow: Der Vorredner hat der Regierung den Vorwurf gemacht, sie habe sich gegen das Herrenhaus feindlich gestellt; das sind Aeußerungen öffentlicher Blätter, nicht die definitive Meinung der Regierung. Wenn ferner behauptet wurde, die Regierung werde vom andern Hause regiert, so muß sie solchen Einwand auf das Allerentschiedenste zurückweisen; sie handelt nach bestem Wissen und Willen und weiß sich von jeder Abhängigkeit frei. Auch ist dem Herrenhause aus der Verwerfung der Grundsteuerausgleichung durchaus nicht ein Vorwurf gemacht worden, sondern die Regierung hat nur konstatirt, daß durch das abgegebene Votum dieses hohen Hauses eine anderweitige Deckung der Mittel zu der für nothwendig erachteten Armeeorganisation gefunden werden müsse. Die Regierung war verpflichtet und berechtigt, auf die Mehreinnahme hinzuweisen, zu welcher sie durch Einführung der Grundsteuer gekommen wäre. — Dr. Stahl: „Durch zweier Zeugen Mund wird allerwegs die Wahrheit kund.“ Nur dieser Satz bewog mich, das Wort zu ergreifen, sonst hätte ich darauf verzichtet, da ich im Wesentlichen nur das zu berühren habe, was Graf Arnim bereits nachgewiesen. Der Ausspruch, daß wir die Militärvorlagen vereitelt hätten, indem wir die Grundsteuer verwarfen, kann nicht maaßgebend für uns sein; wir weisen den Vorwurf entschieden zurück. Ich verkenne nicht die finanzielle Noth des Staates und gebe sogar zu, daß der Herr Finanzminister trefflich zu operiren fähig sei; aber dem Herrenhause stehen doch auch Autoritäten zur Seite, welche die Grundsteuer als einen Fehler für den Staat betrachten. Von persönlichem Interesse, das für die Mitglieder dieses Hauses maaßgebend gewesen sein soll, kann und darf nicht die Rede sein, wie überhaupt die Ablehnung der Grundsteuervorlagen zur Zurücknahme der Militärvorlage keineswegs geführt hat. Das Herrenhaus darf sich über solche unbillige Beurtheilung seiner Thätigkeit im höchsten Maaße wundern. Hat sich Opposition im Hause gezeigt, so war sie der Ausfluß treuer gewissenhafter Ueberzeugung, die wir vertreten werden von nun an durch alle Jahrhunderte bis in Ewigkeit. Und wenn wir auch in die Lage kommen, dieses Ministeriums Gesetze durchzubringen, so wollen wir noch lange nicht die Tendenzen des Ministeriums stützen, am allerwenigsten seine liberalen Tendenzen. In Erfüllung dieser Pflicht kann das Herrenhaus brechen, aber nicht biegen! (Bravo!) Das andere Haus hat die Vorlagen als ein Vertrauensvotum gegen das Ministerium angesehen, ich und meine politischen Freunde lassen uns durch solche Gefühle nicht treiben. (Bravo!) Wir bewilligen die Vorlage mit Hinblick auf die Frage des Vaterlandes im Interesse der Krone, zur Abwehr des Demokratismus, zum Wohle der Armee, damit die großen Tage des zweiten Friedrich wiederkehren können. (Bravo.)

Frhr. v. Patow nimmt das Wort zur thatsächlichen Berichtigung. Der Präsident erklärt, daß von 40 vorgelegten Gesetzentwürfen 30 vom Herrenhause angenommen worden sind, wodurch am besten der Einwand widerlegt sei, das Haus habe eine systematische oder prinzipielle Opposition gegen die Regierung an den Tag gelegt. — Zum Worte hatten sich noch einschreiben lassen: die Herren Hasselbach, v. Waldaw-Steinhöfel und Fürst Radziwill; es ist jedoch ein Antrag auf Schluß eingebracht, dem das Haus beistimmt. Die Vorlage wird ohne Spezialdiskussion einstimmig angenommen. Ueber die von der Kommission vorgeschlagene Resolution findet namentliche Abstimmung statt; für dieselbe stimmten 102, dagegen keiner. Zwei dem Berichte angehängte Petitionen werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, und so schreitet das Haus zum letzten Theil der Tagesordnung, dem Bericht der Budgetkommission über die Ausführung des Gesetzes vom 21. Mai 1859, die Anleihe von 30 Millionen betreffend, und über den Gesetzentwurf, die Verwendung des Restbestandes dieser Anleihe betreffend. Der Berichterstatter Herr v. Meding wiederholt die bereits mitgetheilten Ansichten der Kommission, worauf Graf Schwerin und Hr. v. Patow nacheinander die darin ausgesprochenen Beschuldigungen zurückweisen. Herr Dr. Stahl: Wir glaubten, die Mobilmachung des letzten Jahres werde benutzt werden zur Aufrechterhaltung der Verträge; aber nichts von alle Dem. Der deutsche Bundestag wurde in seiner Rechtsbeständigkeit angezweifelt, und Rheinbundspolitik geht im übrigen Deutschland im Schwange. Das Gagern'sche Programm ist Schuld an der Zerrissenheit Deutschlands, und anstatt Preußen in die Höhe zu treiben, flüchten sich die andern deutschen Staaten unter den Schutz Oestreichs. Das Programm kann nur ausgeführt werden durch Revolution, durch Aufwiegelung des Volks gegen die Fürsten, wogegen wir uns auflehnen müssen. Entweder — oder! Wir können uns die Berechtigung der Politik des Grafen Cavour vergegenwärtigen, wie die konservativen Tendenzen eines Andern; aber abwechseln zwischen Beiden, zwischen Cavour und dem Legitimitätsprinzip, das geht nicht. Will Preußen Suprematie in Deutschland, gestützt auf ein deutsches Parlament, so muß dies durchgeführt werden, ganz und gar, oder man verfolge solche Politik lieber nicht. Gefährlich war ferner das Auftreten unserer Regierung zu Gunsten der kurhessischen Verfassung von 1831 ohne Aussicht auf irgend welchen Erfolg. Einen heiligen großen Krieg hätten wir in Schleswig zu führen, aber es ist nicht möglich, ohne mit Frankreich in Kampf zu kommen, und so werden die armen Schleswiger warten müssen, bis durch allgemeine Kriegswirren herbeigeführt ihre Stunde schlägt. Ich spreche hier bloß als preußischer Unterthan meine Empfindungen aus, und diese sagen mir: keine Rettung ohne Einigung des ganzen Vaterlandes. Eine Politik, die auf Trennung hinausläuft, bringt nun und nimmermehr Segen. Lassen wir uns nicht wehen und treiben durch Ideen des Auslandes, durch die frevelhafte Posse der allgemeinen Abstimmung; wir haben das heilige Amt, die Legitimität zu stützen. Einzelne Fürsten konnten fallen, aber fallen können nicht die Grundsätze, auch nicht die der Legitimität. Das ritterliche Schwert Preußens wird für diese Grundsätze gezogen werden! (Bravo!)

Frhr. v. Schleinitz ergreift hierauf das Wort und vertheidigt die Politik Preußens. (Die Rede desselben werden wir nach dem stenographischen Berichte mittheilen; sie ist wegen ihrer diplomatischen Form im Auszuge nicht gut wiederzugeben.) — Graf Arnim-Boitzenburg will Preußen als das Schwert Deutschlands unter allen Umständen wissen; es sei nicht außer Acht zu lassen, daß wir in Frankfurt von jeher in idealer Geduld ausgeharrt haben, nicht müde geworden sind durch den Widerstand der deutschen Regierungen. Was das Ausland angeht, so sei mit Energie die Ehre Preußens als Erstes und Letztes festzuhalten; in der kurhessischen Frage könne man nicht durchweg mit der Regierung zusammen stehen; in Betreff Schleswig-Holsteins und in allen anderen Ausführungen schließt sich der Redner an den Vortrag des Hrn. Stahl an. — Die Diskussion ist geschlossen; die Gesetze werden ohne Diskussion angenommen. — Der Fürst von Hohenzollern verliest eine Allerhöchste Botschaft, welche die Mitglieder beider Häuser zur Schlußsitzung einladet. — Der Präsident ergreift das Wort, um eine statistische Uebersicht der Thätigkeit des Hauses zu geben: 38 Gesetzentwürfe sind berathen worden, davon 10 abgelehnt. — Herr v. Frankenberg-Ludwigsdorff dankt im Namen des Hauses dem Präsidenten für seine Mühwaltungen, und dieser bringt hierauf ein dreimaliges Hoch auf Se. Maj. den König und den Prinz-Regenten aus, in welches das Haus mit Begeisterung beistimmt.

— Die Budgetkommission hat ihren ersten Bericht über den Staatshaushalt pro 1860 abgestattet. Berichterstatter für die Etatsgruppen I. bis IV.: Dr. Brüggemann, V.: Beyer. Die Kommission stellt folgende Anträge: In Betreff der Summe von 57,000 Thlr. für den Umbau des Staatsministeriums 1) die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung derartige Verwendungen nur in den allerdringendsten Fällen ohne die vorherige Zustimmung der Landesvertretung machen werde; 2) der Regierung zu empfehlen, die 2000 Thlr. Gehalt für einen zweiten Legations-Sekretär bei der Bundestags-Gesandtschaft nicht als eine bleibende Mehrausgabe des Etats anzusehen, sondern später wieder in Wegfall zu bringen; 3) der Erwägung der Regierung anheim zu geben, ob nicht bei dem Etat für das Staatssekretariat noch erhebliche Ersparnisse eintreten könnten; 4) die Kosten für die Expedition nach den ostasiatischen Gewässern zu bewilligen, und das Beginnen derselben vor der durch die Landesvertretung erfolgten Genehmigung nachträglich als gerechtfertigt zu erklären; 5) das Herrenhaus möge erklären, an den früheren, in Beziehung auf eine Verminderung des unverhältnißmäßig starken Amortissements der Staatsschuld gefaßten Beschlüssen festzuhalten; 6) die Regierung zu ersuchen, in einer Verfügung auszusprechen, daß es den Landräthen auch ohne desfallsige Verpflichtung anheimgestellt bleibe, bei Feststellung der Klassensteuerlisten die Ortsobrigkeiten einwirken zu lassen; 7) die Regiernng zu ersuchen, schon jetzt die Maaßregeln zur Einführung einer Tabakssteuer vorzubereiten, welche eine beträchtlich höhere Einnahme gewähren würde, wie dieser Artikel gegenwärtig bringt; 8) auf eine Erhöhung der Stempelbeträge dadurch Bedacht zu nehmen, daß die Stempelpflichtigkeit der kaufmännischen Kauf- und Lieferungsgeschäfte anderweitig regulirt werden; 9) zur Erwägung zu geben, ob nicht die Unterhaltung einer Stammschäferei für Staatsrechnung auf dem Gute Frankenfelde aufzugeben und das Gut zu verpachten sei; 10) die Erwartung auszusprechen, daß dem Budget für die Gestütverwaltung allemal ein Nachweis über die durchschnittlichen Aufzuchtskosten eines Landbeschälers, wie sie sich in den drei Hauptgestüten annähernd herausstellen, werde beigegeben werden; 11) daß im Etat der Gestütverwaltung künftig auch der Ertragswerth der Vorwerke und Grundstücke unter Angabe des Areals ersichtlich gemacht werde, die wie z. B. Trakehnen und dessen Zubehör schon ursprünglich den Gestüten überwiesen gewesen sind. — Ein Antrag, das landwirthschaftliche Ministerium aufzuheben und daraus eine Abtheilung des Ministeriums des Innern zu bilden, wird abgelehnt. — Dem Bericht sind als Anlagen beigefügt: 1) eine Zusammenstellung der aus einem Quart Maischraum in verschiedenen großen und kleinen Brennereien gewonnenen Prozente Spiritus, 2) eine Generalübersicht der aus einem Quart Maischraum gewonnenen Spiritusprozente (7638 Proz.) und 3) ein Bericht des landwirthschaftlichen Ministeriums über die königl. Gestüte.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 22. Mai. [56. Sitzung.] Vor dem Eintritt in die Tagesordnung nimmt der Handelsminister das Wort, um in Folge allerhöchster Ermächtigung den Entwurf, betr. die Errichtung von Berg-Hypotheken-Kommissionen bei den Oberbergämtern, wegen des nahen Schlusses der Session zurückzuziehen. — Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der zweite Bericht über den Entwurf, die Feststellung der Wahlbezirke betreffend. Nach einleitenden Worten des Berichterstatters, nimmt das Wort Abg. v. Bardeleben, um die Annahme aller Amendements anzurathen, wenn gleich nicht zu leugnen sei, daß die vom Herrenhause gemachten Abänderungen einen Graben bildeten, gezogen, um, noch kurz vor dem Endpunkt, das Erreichen des Zieles zu erschweren. Auch Abg. v. Vincke (Hagen) hält bei der Wichtigkeit des Gesetzes die Abänderungen von untergeordneter Bedeutung; zugegeben, daß im Wahlbezirke Köslin einer der Abgeordneten auch von der linken Seite zur Wahl gekommen sei, das wäre aber nicht zu bedauern, denn man hat die Abwesenheit Wagners und Gerlachs nur schmerzlich vermissen dürfen, weil, wenn man Gegner hat, doch am liebsten mit geistreichen Gegnern zu thun hat; selbst seitdem Abg. v. Blanckenburg nicht mehr anwesend sei, haben die Debatten so an Geist verloren, daß der Redner sich davor entsetzt habe. Man begreift nicht, warum die 15 Patrioten links (Partei Blanckenburg) nicht einen oder zwei der Ihrigen, welche selten das Wort nehmen, auf dem Altar des Vaterlandes opferten, um sie lieber durch die Herren Gerlach und Wagner zu ersetzen. Die Abänderung, welche bei diesem speziellen Falle gerade das Herrenhaus gemacht hat, kann nur mit Freuden begrüßt werden. Abg. Reichensperger legt Verwahrung ein dagegen, daß das Resultat der Wahlen auf seine Abstimmung Einfluß haben könnte. Abg. Dr. Lette nimmt die Kommission vor jeder Verdächtigung in Schutz, daß ihr etwas Menschliches begegnet sei. (Anhaltende Heiterkeit.) — Das Haus nimmt die Abänderungen an.

Es folgt die Berathung über die Grundsteuergesetze. Berichterstatter Abg. Duncker (Berlin). — Zur allgemeinen Diskussion nimmt das Wort Abg. Reichensperger (Geldern): Nach dem Verfahren des Herrenhauses bliebe nun nichts mehr übrig, als sich auf den gesetzlichen Standpunkt des Gesetzes von 1850 zu stellen; darum schließt er sich der von der Kommission beantragten Resolution an; selbst dem weiter gehenden Antrage der Abgg. Milde und Grabow, welche vorschlagen, in dem Entwurfe die Veranlagung und Erhebung der Grundsteuer von den bisher befreiten oder bevorzugten Grundstücken, den §. 9 zu streichen, den Entwurf, die Entschädigungen betreffend, in allen seinen Paragraphen abzulehnen, und im Falle der Ablehnung die von der Kommission vorgeschlagene Resolution anzunehmen. — Abg. Reichensperger zieht seinen eigenen Antrag in die Diskussion; er hält es für eine Ehrenpflicht von Seiten der östlichen Provinzen, die westlichen von der Ueberbürdung zu befreien. — Abg. Burghart verlangt, daß das Haus den Gesetzen des anderen Hauses ein entschiedenes Nein! entgegensetze. — Frhr. v. Vincke (Hagen) erläutert den Antrag der Abgg. Milde und Grabow; es gäbe nur zwei Wege; entweder die Aufhebung der Entschädigung, oder Annahme des ganzen von der Regierung vorgeschlagenen Systems; die Beschlüsse des Herrenhauses haben uns in die erste Alternative gedrängt, und darum schlagen wir die Weglassung des §. 9 vor; sollte unser Antrag nicht angenommen werden, dann treten wir der Resolution der Kommission bei. — Der Reg. Komm. G. Fin. R. Meinecke erklärt, daß, wenn die Gesetzenwürfe Nr. III. und IV. mit Abänderungen angenommen werden, dieser Beschluß kein praktisches, nur ein prinzipielles Resultat haben dürfte. Die Regierung ist fest entschlossen, die Grundsteuervorlagen nächstes Jahr wiederum als ein unzertrennbares Ganzes der Landesvertretung zu übergeben. Die Regierung kann sich aber mit der beantragten Resolution nicht einverstanden erklären; diesem Verlangen kann die Regierung nicht entsprechen; es wäre dies eine Rücksichtslosigkeit ihrerseits, und ein praktisches Resultat würde nicht gewonnen sein. Die Regierung erkennt mit Hrn. Reichensperger an, daß die Provinzen Rheinland, Westfalen, Sachsen und Schlesien in Betreff der Grundsteuer überbürdet sind, daß sie aber die Ermäßigung nicht eintreten lassen kann, ohne ein Aequivalent zu sein.

Abg. Kühne (Berlin) will, das Haus möge erklären: wir lehnen das, was wir von dem Herrenhause zurückbekommen haben, ab; mit der Resolution kann sich die Regierung einverstanden erklären, denn sie giebt ihre keine neue Befugniß. Die Annahme des Milde'schen Amendements hieße ohne Nothwendigkeit künftigen Beschlüssen vorgreifen und jeden Ausweg auf etwaige Kompromisse versperren. Es ist ganz unnütz, sich schon heute gegen das Entschädigungsprinzip zu erklären. So lange übrigens das Ausgleichungsprinzip nicht vom Herrenhause anerkannt wird, kann dem Antrage des Herrn Reichensperger nicht entsprochen werden; was die Herren wollen, will auch die Regierung, und sie wird dies Prinzip zur Geltung zu bringen sich bestreben, auch wenn der Antrag des Hrn. Reichensperger nicht der Regierung überwiesen wird. — Abg. Milde vertheidigt sein Amendement, Abg. v. Benda glaubt nicht an die Erfolge, welche die Resolution anstrebt; das Gesetz vom Jahre 1850 ist zum großen Theile ausgeführt. — Abg. Harkort: Ohne vollständige Katastrirung kein Heil. — Abg. Braemer kann die Rechtfertigung des Reichenspergerschen Antrags nicht anerkennen; er wird gegen die Resolution und für den ersten Theil des Kommissionsantrags stimmen. — Die Generaldiskussion ist geschlossen. Der Berichterstatter Abg. Duncker (Berlin) warnt vor dem Amendement Milde, welches den Anschein geben könnte, als habe man mit seiner Annahme einen Beschluß ab irato gefaßt. — Zur Spezialdiskussion nimmt Abg. v. Vincke

(Hagen) das Wort, um mit allerlei Beweismitteln nachzuweisen, warum er mit Milde den Verbesserungsantrag gestellt hat; der Finanzminister wird schon wissen, wie derselbe zu verstehen ist. Die Abgg. Borghard, Osterrath und v. Carlowitz nehmen noch das Wort; bei der Abstimmung werden die Anträge der Abgg. Milde und Grabow mit sehr geringer Majorität abgelehnt, diejenigen der Kommission, die Gesetzentwürfe III. und IV. abzulehnen, mit sehr großer Majorität angenommen, ebenso die von der Kommission vorgeschlagene Resolution. — Nach einigen Bemerkungen Seitens des Berichterstatters Abg. Jordan über den Reichensperger'schen Antrag wird, da die Diskussion schon bei der vorigen Nummer auch über diesen Gegenstand sich verbreitet hat, der von der Kommission vorgeschlagene Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt, der Antrag selbst angenommen, worüber Antragsteller und Gegner gleich überrascht zu sein scheinen.

Das Haus beschäftigt sich hierauf noch mit Petitionsberichten, welche meist nach den Kommissionsanträgen erledigt werden. Unter den Petitionen befindet sich auch eine von polnischen Einwohnern der Provinz Posen, die über Verletzung ihrer Nationalität Beschwerde führen. Das Haus nimmt den Uebergang zur Tagesordnung an. Der Präsident theilt schließlich noch mit, daß die Regierung eine Allerhöchste Botschaft über den Schluß der Session heute Abends 6 Uhr an die Häuser richten wolle; diese Botschaft soll dem Hause in der morgen um 9 Uhr stattfindenden Sitzung mitgetheilt werden. Die Schlußsitzung im Weißen Saale wird um 2 Uhr stattfinden.

— Wir geben nachträglich den Bericht der 14. Kommission über die Denkschrift in Bezug auf die Ausführung des Gesetzes vom 21. Mai 1859, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marine-Verwaltung, sowie die Beschaffung der zur Deckung desselben erforderlichen Geldmittel, und zweitens über den Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung des Restbestandes von den durch das Gesetz vom 21. Mai 1859 zu den außerordentlichen Ausgaben der Militär- und Marineverwaltung bewilligten Geldmitteln. (Berichterstatter: Frhr. v. Vincke [Ohlau].) — Bei Prüfung der Vorlagen mußten drei Gesichtspunkte ins Auge gefaßt werden: 1) die äußere Politik, 2) die militärischen Maaßnahmen, 3) die finanzielle Verwendung der bewilligten Mittel. Es kommt zunächst auf die Beantwortung der Frage an: Ist Preußen der im vorigen Jahre in Aussicht gestellten Politik treu geblieben, hat die Regierung dieselbe konsequent und mit Energie verfolgt? — Im Verlauf eines kurzen Ueberblicks der geschichtlichen Ereignisse im vorigen Jahre, wird die Regierung von dem Vorwurfe freigesprochen, daß die Rüstungen ohne Erfolg geblieben seien, da man bei der Macht Oestreichs und der Stärke des berühmten Festungs-Vierecks am Mincio und Etsch, ein solches plötzliches Aufgeben des Kampfes, wie es durch den Frieden von Villafranca bethätigt worden, nicht habe erwarten können. Als nutzlos könne man die Rüstungen nicht bezeichnen, denn es sei anerkannt, daß vor Allem das Gewicht der preußischen Rüstungen dem Kriege ein so rasches Ende bereitet hätte. Das Ziel der preußischen Politik, die baldige Wiederherstellung des Friedens ohne wesentliche Störung des europäischen Gleichgewichtes sei somit erreicht worden, wenn auch nicht bestritten werden könne, daß dasselbe mit geringeren Opfern zu erreichen gewesen wäre. — Ueber diesen Gang der preußischen Politik machten sich verschiedene Auffassungen geltend. Von der einen Seite wurde behauptet, daß Preußen zu viel zu Gunsten Oestreichs gethan, und dadurch seine vermittelnde Stellung gefährdet habe. Eine Garantie des östreichischen Besitzstandes in Italien, insbesondere der Lombardei zu übernehmen, sei weder in Preußens noch in Deutschlands Interesse; Deutschland und Preußen habe vielmehr ein wahrhaftes Interesse daran, ein starkes Ober-Italien im Anschlusse an Sardinien entstehen zu lassen. Statt der Sympathien für die entthronten italienischen Fürsten des Hauses Habsburg-Lothringen und die immer unhaltbarer werdenden Prinzipien der Legitimität, hätte man eine entschiedene Politik führen sollen; damit wären die Interessen Deutschlands am besten gewahrt gewesen, und man würde, bei einer Verständigung mit England, Sardiniens Unabhängigkeit von Frankreich unterstützt, vielleicht auch der Abtretung Savoyens an Frankreich vorgebeugt haben. Man hätte auch die Landwehr, als nicht geeignet zur bewaffneten Vermittelung, nicht einberufen sollen. Endlich aber sei es fraglich, ob Preußen der Vermittlerrolle nach allen Richtungen hin treu geblieben sei; bei einer rechtzeitigen Verständigung mit England und klarer Politik hätte man mehr Vertrauen gefunden und in Deutschland mehr Erfolge gehabt. — Eine theilweise entgegengesetzte Ansicht sprach sich dahin aus, daß es am 24. Juni, dem Tage der Schlacht von Solferino, Zeit gewesen wäre, Oestreich zu Hülfe zu eilen; die zuwartende, schwankende Politik Preußens habe einen peinlichen Eindruck hervorgebracht, denn darüber hätte man sich denn doch nicht sollen täuschen lassen, daß der Krieg in Italien der uneigennützigen Befreiung unterdrückter Völker gelte, sondern der Ausführung der Idées Napoléoniennes mit welcher in der Abtretung Savoyens der Anfang gemacht sei. Wenn der preußischen Politik nur ein Angriff auf Deutschland als Kriegsfall gegolten habe, so erscheine die Mobilmachung und der Marschbefehl an den Rhein nicht gerechtfertigt, denn ein Angriff von Seiten Frankreichs habe nicht gedroht. Die Lage bleibe also unklar.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärte sich zu einer Darlegung des Standpunktes der Regierung gern bereit und gab folgende Erklärung ab: „Auf die Thatsachen, welche der Stellung Preußens zu der italienischen Frage zu Grunde gelegen haben, braucht nicht weiter eingegangen zu werden. Sie gehören der Geschichte an. Aber auch auf die diplomatische Thätigkeit Preußens haben die seiner Zeit veröffentlichten Aktenstücke helles Licht geworfen. Die Regierung hat nicht berufen sein können, vom Anbeginn des Konfliktes als Bundesgenosse Oestreichs mit in den Krieg zu treten. Dazu fehlen die nothwendigen Vorbedingungen, die Kenntniß der von Oestreich durch den Krieg verfolgten Ziele und das Einverständniß mit denselben, die Identität der preußischen und der nicht davon zu trennenden deutschen Interessen mit derjenigen Oestreichs, für welches ein preußisch-deutscher Krieg gegen Frankreich an Stelle des italienischen in erster Linie zu führen gewesen wäre. Zwar hatte Preußen im eigenen, wie im Interesse Deutschlands und Oestreichs, die Erhaltung der auf den Wiener Verträgen von 1815 beruhenden Verhältnisse von vornherein zu seiner Aufgabe gemacht, aber die Lösung derselben ist, sowohl für den in Vorschlag gebrachten Europäischen Kongreß als auch in der Folge, von ihm zunächst nur im Wege der Vermittlung zwischen den kriegführenden Mächten beabsichtigt worden. Ein Verlassen dieser Grundlage und ein sofortiger Anschluß an Oestreich zu einer Bundesgenossenschaft für alle Eventualitäten war daher unthunlich. Unbetheiligt aber war Preußen weder als Großmacht noch als deutsche Macht bei den sich steigernden Verwicklungen. Es mußte deshalb rüsten, und seine Rüstungen, welche denjenigen des Bundes vorangingen, mußten stets im Verhältniß der kriegerischen Ereignisse in Italien bleiben, da sie nothwendige Vorbereitungen für die mögliche Eventualität waren, daß eine Bedrohung oder Gefährdung deutschen Gebietes oder deutschen Interesses durch den Krieg herbeigeführt würde. Preußen durfte daher auch nicht daran denken, den Großmächten gegenüber eine Neutralitätserklärung abzugeben, es mußte vielmehr, um sich die Freiheit seiner Entschließungen zu wahren und denselben im gegebenen Moment den erforderlichen Nachdruck zu verleihen, zu einer militärischen Machtentwicklung schreiten, die allen Ereignissen gewachsen war. So wurde mit der Kriegsbereitschaft der drei Armeekorps begonnen und den Ereignissen angemessen zu der Mobilmachung von sechs Armeekorps vorgeschritten. Die festgehaltene vermittelnde Stellung ist durch letztere Maaßregel nachdrücklich gehoben worden; nur sie konnte dem Versuche Preußens, die Initiative zur Verständigung über die Grenzen des Krieges zu ergreifen, ein besonderes Gewicht verleihen. Auch über dieses Vorangehen Preußens sind die Aktenstücke veröffentlicht. Ein anderes Motiv, als das, für die Aufrechterhaltung des durch die Verträge von 1815 geschaffenen Zustandes so weit als möglich wirksam zu sein, hat die Regierung dabei nicht geleitet. Eine förmliche Garantie für den Besitzstand Oestreichs in Italien zu übernehmen, dazu lag keine Pflicht und deshalb im höhern Sinne kein Recht vor. Ein solcher Entschluß hatte sich weder durch den Bundesvertrag, noch durch die Europäischen Traktate, noch durch das Interesse Deutschlands und Preußens gerechtfertigt. — Dagegen hat die Regierung die Erhaltung des östreichischen Besitzstandes in Italien stets als den Ausgangspunkt ihrer Bemühungen bezeichnet, wie ja auch die vier Propositionen, welche, vor dem Ausbruche des Krieges, England als Basis der Vermittlung, unter Zustimmung Preußens vorgeschlagen hatte, denselben Ausgangspunkt hatten. Er schloß von selbst eine Politik aus, welche die Unterstützung der Annexionsansprüche Sardiniens oder ein Bündniß mit demselben bezweckt hätte. Ueberdies ist nicht zu übersehen, daß die Rechte der italienischen Fürsten unbestritten sind. Die Regierung ist übrigens von der Ueberzeugung durchdrungen und glaubt dieselbe auch aussprechen zu dürfen, daß die von ihr getroffenen Maaßregeln wesentlich dazu beigetragen haben, den Krieg und dessen Resultate in der Weise, wie es geschehen, zu beschränken. Auch den deutschen Bundesstaaten gegenüber muß sie die von ihr innegehaltene Politik als die zweckentsprechendste bezeichnen. Hier war es ihre Aufgabe, dahin zu wirken, daß das Auftreten des Bundes und die Aufstellung seiner Streitkräfte keinen aggressiven Charakter annähmen, da ein solcher weder der Natur des Bundes und den verfassungsmäßigen Pflichten gegen die Bundesglieder, noch den augenblicklichen Zeitumständen und der Haltung der Grenznachbarn Deutschlands entsprochen, vielmehr leicht zur Folge gehabt hätte, daß Deutschland vor der Zeit und gegen sein Interesse mit in den Krieg gezogen worden wäre. Auf der anderen Seite hatte Preußen, auch dem Bunde gegenüber, die ihm gebührende Selbständigkeit und Unabhängigkeit seiner Entschließungen zu wahren, und durfte darauf, selbst der Gesammtheit der Bundesglieder gegenüber, nicht verzichten, um so weniger, als sich unter diesen eine der kriegführenden Mächte befand. Aus dieser seiner Stellung entsprangen die Anträge Preußens am Bunde, welche eine Anlehnung der anderen Bundesstaaten an die militärischen Maaßregeln Preußens verfolgten und von der Aufstellung eines Bundesheeres als solchen und der Wahl des Bundes-Oberfeldherrn absahen. Die schnell auf einander folgenden Schlachten in Italien, der Waffenstillstand und die Friedenspräliminarien von Villafranca haben verhindert, daß sowohl die weiteren politischen Absichten Preußens zur Entwickelung, als auch dessen Erklärungen am Bunde zum Austrag gekommen sind. Den Vorwurf der Unklarheit und des Schwankens muß die Regierung entschieden zurückweisen. Es genügt eine unbefangene Würdigung der Thatsachen und der veröffentlichten diplomatischen Aktenstücke, um zu erkennen, daß die Rüstungen Preußens nicht nur mit den Ereignissen gleichen Schritt hielten, sondern daß sie auch im engsten Zusammenhange mit einer konsequent verfolgten Richtung der preußischen Politik standen. Ein entscheidender Moment für die Letztere trat ein, als der Krieg die Grenzen Venetiens zu überschreiten drohte, und Gefahren für deutsches Bundesgebiet entstanden. Um diesen begegnen zu können, begann die Bewegung der Truppen nach ihren Aufstellungspunkten, welcher der plötzlich geschlossene Friede Einhalt that."

Der Kommissarius des Kriegsministeriums rechtfertigte die Einberufung der Landwehr damit, daß es nothwendig war, eine schlagfertige Armee zur Verfügung zu haben, daß aber die Armee ohne die Landwehr nicht schlagfertig zu nennen sei. — Diesen Ausführungen traten mehrere Mitglieder der Kommission bei, und die Diskussion ging auf die Demobilmachung über. Der Ansicht, daß dadurch, daß dieselbe sehr spät nach dem Frieden von Villafranca erfolgt ist, dem Lande unnütze Opfer auferlegt worden seien, tritt der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, wie folgt, entgegen: „Es ist nicht möglich gewesen, gleich nach eingetretenem Frieden die preußische Armee auf die Friedensstärke zu reduziren, wenn schon die Regierung am Bunde die Demobilisirungsbeschlüsse für die Bundeskontingente, und die Desarmirung der Bundesfestungen im Verein mit Oestreich schleunig herbeigeführt hat. Die Spannung in den Beziehungen einzelner Großmächte und die Unsicherheit in der Entwicklung der Verhältnisse bis zum Züricher Frieden, so wie der Umstand, daß mehrere der Großmächte nicht zur Entwaffnung schritten, machten eine weitere Kriegsbereitschaft auch für Preußen noch länger nothwendig. Abgesehen von den militärisch-technischen Schwierigkeiten, welche ihre Aufhebung verzögerten, würde eine unzeitige Beschleunigung der Entwaffnung in Preußen vom politischen Standpunkte aus unrathsam gewesen sein. — Der Kommissarius des Kriegsministeriums führt nunmehr die Rücksichten, von denen die Regierung bei der Demobilmachung geleitet worden sei, aus: Bei baldmöglichster Entlastung des Landes sei es die Pflicht der Regierung gewesen, die Kriegsbereitschaft des Heeres, den gespannten politischen Verhältnissen gegenüber festzuhalten, resp. zu ermäßigen, gleichzeitig aber für alle ferneren Eventualitäten, die sich aus der gespannten politischen Lage Europa's hätten entwickeln können, vorbereitet zu sein. — Den Vorwürfen wegen des Ausdrucks „Kriegsbereitschaft", wegen des schleunigen Einziehens der Reserven und der zu langen Fortdauer der Kriegsbereitschaft, selbst während des Winters, trat der Regierungs-Kommissarius, von Mitgliedern der Kommission unterstützt, mit Erfolg entgegen. — Als sehr zweckmäßig wurde es allerseits anerkannt, daß die Regierung Sorge getragen, die jüngern Jahrgänge der Landwehr mit der neuen Schußwaffe auszubilden. — Die Kommission trat nunmehr in die Berathung über den Nachweis der Ausgaben ein. (Dieser zweite Theil des Berichts enthält die speziellen Geldansätze und ist für das größere Publikum nicht von Interesse.) Die Kommission beantragt, dem Entwurf unverändert, wie er von der Regierung vorgelegt worden ist, die Zustimmung zu ertheilen. PB.

Lokales und Provinzielles.

R Posen, 23. Mai. Die Thronrede, mit welcher Se. K. H. der Prinz-Regent heute Nachmittags die Landtagssession schließt, werden wir unseren geehrten Lesern heute Abends etwa um 6 Uhr durch ein Extrablatt mittheilen.

R Posen, 23. Mai. [Die Garnison.] Schon in Nr. 110 konnten wir unsern Lesern die Tage angeben, an welchen unsere bisherige Infanterie-Garnison von hier in ihre neuen Standquartiere abrückt. Wir fügen dem heute noch die Notiz hinzu, daß die 1. Eskadron 2. (Leib-) Husaren-Regiments schon morgen ebenfalls unsere Stadt verläßt, und theilen gleichzeitig die Einmarschtage unserer neuen Garnison mit: Am Freitag, d. 25. d. rückt hier ein: das Füsil. Bat. 6. komb. Inf. Regts.; am Sonnabend, d. 26. das 1. Bat. 6. Inf. Regts., und das 2. Bat. 6. komb. Inf. Regts.; am Mittwoch, d. 30. das 2. Bat. 12. Inf. Regts.; am Sonnabend, d. 1. Juni, das 1. Bat. 12. Inf. Regts.; sodann am 6. Juni das 1. Bat. 6. komb. Inf. Regts., und am 16. Juni das 2. Bat. 6. Inf. Regiments.

·|· Posen, 23. Mai. [Gepäckträger-Institute.] Seit Kurzem haben wir in unserer Stadt zwei neue, aber gleichartige Institute, denen wir heute eine ausführlichere Besprechung widmen wollen. Es sind dies die von den Herren Petersson und Pincus organisirten und geleiteten Gepäckträger-Institute. Diesen Namen haben die Unternehmer selbst dem Institute gegeben, obwohl er nicht sämmtliche demselben anheimfallenden Verrichtungen umfaßt, da seine Thätigkeit fast auf alle Leistungen von Tagelöhnern und Lohndienern gerichtet ist, ja sogar auf das Begleiten mit Laternen und Regenschirmen. Wir lassen es dahingestellt sein, ob die Grenzen dieser Thätigkeit nicht vielleicht vortheilhafter hätten enger gezogen werden können; jedenfalls ist das Bedürfniß einer solchen Einrichtung längst gefühlt worden, sie ist daher anerkennenswerth, und das Publikum muß den Unternehmern derselben um so mehr Dank wissen, als die Tarifsätze, die bis auf geringfügige Abweichungen bei beiden Instituten übereinstimmen, im Allgemeinen niedrig sind. Das geschieht übrigens auch, denn man sieht zu jeder Tageszeit in allen Straßen belastete Mitglieder dieser Institute. Jedes derselben zählt etwa 30 Mann, und unterschieden sind diese dadurch, daß die dem Petersson'schen angehörenden Leute blaue Blusen und Ledermützen, die des Pincus'schen graue Blusen und grüne Tuchmützen (an beiden Arten von Mützen befinden sich Nummern) tragen. Ihre Standorte sind der alte Markt, der Wilhelmsplatz, der Kämmereiplatz und die Promenade, wo sie von der Friedrichsstraße geschnitten wird. Im Interesse aber sowohl des Publikums, als der Unternehmer selbst wäre es bei der Ausdehnung unserer Stadt sehr wünschenswerth, wenn diese Gepäckträger mehr durch die ganze Stadt vertheilt würden, damit, wer eines solchen Arbeiters bedarf, nicht stets erst bis zu einem der wenigen in den Anzeigen der Unternehmer angegebenen Standorte, an denen man übrigens auch nicht einmal immer Mitglieder dieser Institute antrifft, eine weite Wanderung anzutreten hätte. Zwar sollen die Pincus'schen Leute, nach der desfallsigen Veröffentlichung, ambulante Arbeiter sein; allein dies geschieht anscheinend nur, wenn dieselben in Thätigkeit sich befinden, wenn es sich also von selbst versteht, und genügt dann für den Verkehr nicht. Deshalb ließen sich wohl als geeignete Standorte beispielsweise noch folgende benutzen: die Wallischei-Brücke, der Neustädtische Markt und der Platz an der Petrikirche, da namentlich für die Bewohner der Vorstädte die Entfernungen zu den bisherigen Standorten zu weit sind, als daß sie sich der Institute in ausgedehnterem Maaße bedienen könnten oder sollten. Dieser Uebelstand erklärt sich aber durch die Neuheit der Einrichtung und wird wohl mit der Zeit und bei besserer Einsicht fortfallen. Sehr vortheilhaft sind die Institute aber einerseits für das Publikum, weil es nun nicht mehr etwaigen Prellereien und möglicher Unzuverlässigkeit der Arbeitskräfte ausgesetzt ist; andererseits für den in unserer Stadt im Allgemeinen wirklich moralisch noch ziemlich tief stehenden Arbeiterstand, weil die Unternehmer, da sie dem Publikum durch Kautionen und Garantiescheine für ihre Leute aufkommen, dafür Sorge tragen müssen, daß die ihnen Angehörenden stets nüchtern, ordentlich und höflich sind. Darauf wirkt übrigens schon ein gewisser Korpsgeist, der sich einstellen wird, sobald die Gepäckträger sich erst als geordnete Ganze fühlen. So wird auch ihre Zuverlässigkeit die außerhalb der Institute stehenden Arbeiter zwingen, ordentlich und nüchtern zu werden, wenn sie nicht ganz ohne Beschäftigung bleiben wollen. Wie übrigens vorauszusehen war, sind schon Beschwerden von Tagelöhnern gegen diese Institute, in denen sie eine Beschränkung erblicken, vorgekommen. Damit sind sie natürlich abgewiesen worden, doch ist ihnen eine Art Uniformirung unbenommen geblieben, weil sie so besser Konkurrenz machen zu können hoffen. Wir haben selbst mehrere solcher Arbeiter gesehen, die sich mit einer grünen Bluse (statt der blauen und grauen der Institute) und einer Ledermütze bekleidet hatten, an die statt der Nummer ein Anker angeheftet war. Das Geld zur Anschaffung ihrer Utensilien soll diesen Arbeitern von einem Kaufmann gegen monatliche Abzahlung vorgestreckt sein, und sollen sie sich den Institutenarbeitern gegenüber „freie Arbeiter" nennen.

S — [Das Sommertheater] wird für die diesjährige Saison am erchsten Pfingstsonntage, d. 27. d., eröffnet — womit? das wissen wir bis jetzt noch nicht, voraussichtlich indeß doch wohl mit einer guten Novität. Einen Theil des früheren Personals hat die Direktion auch für die Sommerbühne behalten, außerdem für die Hauptfächer eine Anzahl neuer Mitglieder engagirt. Hoffen wir für die Direktion zahlreiche Theilnahme und günstige Witterung; für die Mitglieder, alte wie neue, objektiv freundliche Aufnahme — subjektiv Fleiß, Talent, redliches Streben und kunstwürdiges Gebahren; für das Publikum tüchtige Kräfte, gutes Repertoir, präzise und abgerundete Darstellungen. Erfüllen sich diese Hoffnungen und Wünsche, so können und werden gewiß alle Theile zufrieden sein.

ek. Aus dem Posener Kreise, 22. Mai. [Feuerschaden.] In der Nacht vom 19. zum 20. d. brach auf dem Gehöfte des Schulzen zu Wyssogotowo (Schwarz-Hauland) Feuer aus, welches, da durch die anhaltende Hitze sämmtliches Stroh und Holz an den Gebäuden sehr ausgetrocknet ist, so schnell um sich griff, daß binnen einer Stunde sowohl dieses Gehöft, als ein Nachbargehöft in Asche lagen. Leider sind dem Schulzen, einem würdigen bejahrten Manne, außer ziemlich bedeutenden Kartoffel- und Getreidevorräthen, auch 3 Stück Rindvieh und 9 Schweine verbrannt. Ein der Brandstiftung verdächtiges Individuum ist verhaftet. Auffallend ist es, daß fast jedes Jahr diese Ortschaft von Brandunglück heimgesucht wird, und fast jedes Mal der Verdacht der Brandstiftung auf dasselbe Subjekt fällt, ohne es jedoch überführen zu können.

< Lissa, 21. Mai. [Thierschaufest.] (Schluß aus Nr. 115.) Die Ausstellung lebloser Gegenstände war insbesondere in landwirthschaftlichen Geräthen jeder Art gegen alle Erwartung sehr bedeutend, indem sich auch viele Fabrikanten aus anderen Provinzen und selbst aus Zollvereins-Ländern an derselben stark betheiligten, und es gewährt uns eine gewisse Genugthuung, daß unter den Maschinen und Ackergeräthen die Fabrikate des Dr. Cegielski in Posen die sauberste Arbeit zeigten, wie sie nur bei den Geräthen aus dem Hütten- und Emaillirwerk zu Neusalz in gleicher Weise wiedergefunden wurde. So sehr die Bestrebungen des Vorstandes, der Ausstellung eine möglichst große Theilnahme auch von Außen her zuzuwenden, Anerkennung verdienen, so müssen wir doch aus verschiedenen Gründen uns darauf beschränken, dasjenige etwas näher zu berühren, was der Industrie der hiesigen Provinz zunächst angehört und wollen nur beiläufig erwähnen, daß neben den aus der hiesigen Provinz durch Preise ausgezeichneten landwirthschaftlichen Industrieleistungen auch die ausgestellten Gegenstände der Wagenbauer Schneider und Schnieker aus Neusalz, des Schmiedemeisters Weisner aus Herrndorf bei Glogau, des Kalk und Jonas aus Breslau, des Emaillir- und Hüttenwerks aus Neusalz, des Fabrikanten Jähne aus Löbau (Sachsen), Bischoff aus Polkwitz, Otto aus Mertschütz bei Jauer, Julius Raschke aus Glogau, des Sattlermeisters Gustav Schrader aus Beuthen a. O., der Täschnerfabrikanten Pauli aus Halle, Teschner aus Glogau u. A. m. — Von hiesigen Ausstellern, denen Preismedaillen und Ehrenfahnen zuerkannt worden, glauben wir außer Dr. Cegielski aus Posen (Dreschmaschinen mit Riemenbetrieb, mehrere Häckselmaschinen, Musmaschinen, verschiedene Sorten Eggen und Säemaschinen, ein Pferderechen, alle Sorten Pflüge und Behäufler) insbesondere hervorheben zu dürfen: die Fabrikate von Gustav Wauschke, Maschinenbauer in Punitz, dessen Maschinen völlig neue, von ihm selbst erfundene Vorrichtungen zeigten. Die von Preiser in Fraustadt ausgestellten zwei Feuerspritzen, sowie dessen kupferner Apparat für Brennereien zeigen neben ihrem praktischen Werth eine höchst saubere Arbeit. Gleiche Anerkennung erwarben die vom Schmiedemeister Reichelt in Lissa gestellten drei Arbeitswagen und zwei Pflüge; erstere wurden neben ihrer großen Zweckmäßigkeit auch höchst billig befunden. Gleiche Anerkennung fanden die Arbeiten des Schmiedemeisters Kirsten in Fraustadt (böhmische Pflüge), Steiger in Bojanowo (Häckselmaschinen), Kupfermann aus Golombic, des Kupferschmiedemeisters Eduard Mattern von hier (kleine kupferne Hausspritze), der Messerschmiede Kohtz von hier und Seidel aus Fraustadt, der Büchsenmacher Eduard Kochinke von hier (zwei Doppelflinten), Franz Kandler aus Punitz (eine Bolzenbüchse mit Hebelaufzug, eine Pürschbüchse 2c.), der Schlossermeister Koretzki und Wolfgram von hier, des Klempnermeisters Trenner, des Schuhmachermeisters Gerndt (Wasserstiefeln in verschiedenen Sorten und Größen). Von Lederfabrikaten verdienen besonders hervorgehoben zu werden die vom Wagenfabrikanten und Sattlermeister Lehnhard von hier und die Arbeiten des hiesigen Gürtlermeisters Karl Zugehör, des Kunstdrechslers Bössing und des Seilermeisters Tschöpe.

Zur Prämiirung des ausgestellten Viehes und der verschiedenen Industriegegenstände hatte der Verein 40 große silberne Medaillen (im Silberwerthe von 3 Thlr. pro Stück), desgleichen 22 bronzene und 45 Ehrenfahnen bestimmt. Nach erfolgter Prämiirung begannen die Wettrennen. Zunächst ein Trabreiten für Herren aus dem landwirthschaftlichen Stande. Der Sieger erwarb, außer den Einsatzprämien von je einem Friedrichsd'or von jedem Theilnehmer, einen großen, schön gearbeiteten silbernen Pokal, der ihm durch den Reg. Präs. v. Mirbach im Namen der Stadt Lissa überreicht wurde. Diesem ersten Rennen folgten mehrere andere, an denen sich auch Offiziere zahlreich betheiligten, und zuletzt zum großen Ergötzen der ungeheuren Volksmenge ein Bauerurennen. Sieben Theilnehmer hatten sich dazu eingefunden, drei andere aus dem Kröbener Kreise mußten, weil sie die rechtzeitige Anmeldung verabsäumt hatten, zurückgewiesen werden. Es waren drei Preise (à 15, 10 und 5 Thlr.) ausgesetzt. An Geldprämien wurden (außer den Medaillen und Fahnen) an Rustikalbesitzer vertheilt: für ausgestellte Pferde 91 Thlr., für Rindvieh 41 Thlr. und für Federvieh 3 Thlr. Sämmtliches prämiirtes Vieh begann demnächst unter Musikbegleitung den Festzug vor den Tribünen. Diesem Theile des Festes folgte die Prämiirung von Dienstboten, welche länger als 15 Jahre im Dienste bei einer und derselben Herrschaft stehen. Es waren Seitens des Vereinsvorstandes 200 Thlr. ausgesetzt worden, welche nach Maaßgabe des Dienstalters und der durch Dienstzeugnisse konstatirten Würdigkeit vertheilt wurden. Schließlich folgte die Verloosung der von dem Vereine angekauften Thiere, landwirthschaftlichen Geräthe 2c. Im Ganzen fielen auf die 12,000 ausgegebenen Loose, die bereits vor dem Tage der Festausstellung vollständig vergriffen waren, etwa 270 Gewinne. Der Rest der Einnahme wurde zum Theil zur Deckung der Kosten des Festes mit verwendet. Seitens der Provinzialverwaltung wurde dem Vereine eine Beihülfe von 40 Thlrn. gewährt und außerdem noch eine Unterstützung von 30 Thlrn. zur Prämiirung guter Mutterstuten an bäuerliche Besitzer. Das k. Ministerium hatte zur Preisvertheilung außer mehreren silbernen und bronzenen Medaillen zur Anerkennung für landwirthschaftliches Be-

mühen auch noch eine sauber gearbeitete Mappe mit kolorirten Abbildungen von Rindviehraçen, insbesondere von Nutzkühen, dem Vereine zugehen lassen.

Bei dem vorwiegenden Interesse, welches der Schauplatz der Festlichkeit für die vielen Tausende von Einheimischen und Fremden hatte, fand natürlich der mit der Schaustellung zusammentreffende hiesige Jahrmarkt nur eine äußerst geringe Frequenz, und hatten sich alle diejenigen auswärtigen Handel- und Gewerbetreibenden sehr stark vermehrt, welche auf den Zufluß der vielen Tausende von Fremden ihre Spekulation gerichtet. Die Festveranstaltung selbst hat aber gewiß keinen Theilnehmer unbefriedigt gelassen. Unsere Vermuthung, daß sich die Grundbesitzer polnischer Nationalität an der Ausstellung nicht betheiligen würden, hat sich leider vollkommen bestätigt, so daß verhältnißmäßig auch nur wenige Schaulustige aus dem Stande des polnischen Adels zu bemerken waren, und im Hinblick auf diese an sich sehr beklagenswerthe Erscheinung dürfen die herrlichen Resultate der landwirthschaftlichen und gewerblichen Industrie, wie sie bei Gelegenheit dieses Festes zu Tage getreten, als spezifisch deutsch angesehen werden.

Lobsens, 21. Mai. [Volksfest.] Am 13. d. fand hier ein Volksfest statt. Der hiesige Gewerbeverein hatte für seine Lehrlinge ein Fest im Freien veranstaltet, bei welchem den fleißigsten Schülern unserer Handwerker-Fortbildungsschule Prämien ertheilt wurden. Gleichzeitig wurde die neue Fahne des Vereins eingeweiht. Um 1 Uhr Mittags setzte sich der Zug in Bewegung und marschirte durch die Stadt nach dem eine halbe Meile entfernten Walde des Mühlenbesitzers Rast, der mit großer Bereitwilligkeit nicht nur den Platz, sondern auch manche Materialien zum Bau hergegeben hatte. Zahlreiche Gäste aus der Stadt, Umgegend und den benachbarten Städten hatten sich eingefunden. Im Ganzen mögen über 2000 Menschen an dem Feste Theil genommen haben. Die Vergnügungen bestanden in Tanz und verschiedenen Spielen. Inzwischen ertönten Männerquartette und Chorgesänge. Um 6 Uhr fand die Fahnenweihe und die Ertheilung der Prämien an die besten Lehrlinge statt. Der erste Vorsteher hielt eine Ansprache an die Anwesenden, in welcher er die Bedeutung und das Ziel der Handwerkervereine hervorhob. Mit 30 Fackeln begab sich der Zug in bester Ordnung mit Musik und unter Absingen des Preußenliedes durch die Stadt zum Vereinslokale. (B. W.)

In seiner Interpellation vom 12. d. M. beehrt Herr Dr. v. Niegolewski auch mich damit, mich als Mitwisser von der Verbreitung der Proklamation des Revolutionskomités vom 23. Mai 1858 2c. figuriren zu lassen. — Herr Dr. v. Niegolewski, der von meiner Mitwissenschaft gewiß durch einen eben so glücklichen Zufall, welcher ihm den an 2c. Niederstetter gerichteten Brief vom 6. April 1859 in die Hände gespielt, Kenntniß erlangt hat, ist in der That nicht so ganz falsch unterrichtet worden; denn nicht nur eine, sondern einige gedruckte Proklamationen, welche den Ursprungsort London führten, sind in meiner Eigenschaft als Translateur durch meine Hände gegangen. — Wenn nun Herr Dr. v. Niegolewski nur einigermaßen die Stellung eines Subaltern-Beamten zu seinem Chef kennt, so wird er sich es selbst sagen müssen, daß eine Beurtheilung darüber, ob das zur Uebersetzung mir übergebene Schriftstück den Stempel der Echtheit trägt oder nicht, mir gar nicht zusteht. — Ich versichere übrigens zum Ueberfluß, daß ich an der Echtheit jener Proklamation weder gezweifelt habe, noch bis jetzt zweifle, und von der unbefugten Verbreitung der zu amtlichen Zwecken nachgedruckten Exemplare derselben jedenfalls erst später Kenntniß erlangte, als Herr Dr. v. Niegolewski.

Langwand.

Strombericht.

Oborniker Brücke.

Am 21. Mai. Holzflößen: 20 Triften eichen Kanthölzer mit Stabhölzern und Schwellen belastet, von Schiradze nach Stettin.

Angekommene Fremde.

Vom 23. Mai.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsb. Frauen v. Trepka aus Polen und Gräfin Mycielska aus Dembno, Gutsb. v. Koczorowski und Dekonom v. Koczorowski aus Piotrkowice, Pr. Lieutenant im 7. Inf. Regt. Lehmann aus Hirschberg, Fabrikbesitzer Grauper aus Berlin und Gutsb. Pincker aus Wreschen.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Falk aus Breslau, Haidorn aus Berlin und Ladir aus Inowracław, die Lieutenants im 2. (Leib-) Hus. Regt. v. Zastrow und v. Usedom aus Lissa, Frau Prediger Schiffmann aus Wreschen, Frau Rittergutsb. v. Treskow aus Wierzonka, Rittergutsb. v. Unruh aus Lagiewnik, Landrath Gregorovius aus Pleschen, Landschaftsrath Preter aus Sinkowo, Hüttenbesitzer Mittelstädt aus Alexandrowo und Gutsb. Jacobi aus Trzcianka.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Sławski aus Ko mornik und v. Pitrokoński aus Bagniewo, die Schauspielerinnen Frau Leonhard und Fräul. Leonhard aus Berlin.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rittergutsbesitzer Lawicki und die Partikuliers v. Rodkowski sen. und jun. aus Bzowo, die Kaufleute Wiener aus Militsch und Ehlers aus Stettin.

BAZAR. Frau Gutsb. Gräfin Szołdrska aus Brodowo, Frau Doktor Kölner und die Gutsb. v. Kosiński, v. Chrząszczewski und v. Sokołowski aus Polen, Bogułko aus Konin, v. Garczyński aus Smielin, v. Sobierayski aus Kopanin und Wolszlegier aus Iwno.

SCHWARZER ADLER. Kreisrichter Krause aus Wreschen und Gutspächter Wiese aus Cişzkowo.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittmeister im 2. (Leib-) Hus. Regt. Graf Schwerin und v. Schön, Prem. Lieutenant im 2. (Leib-) Hus. Regt. Frhr. v. Stillfried und Lieutenant im 2. (Leib-) Hus. Regt. John aus Lissa, Prem. Lieutenant und Adjutant im 6. kombinirten Inf. Regt. Michaelis aus Görlitz, prakt. Arzt Dr. Riemer aus Braunsberg, Schiffseigner Liepolt aus Magdeburg, die Kaufleute Heydelbluth aus Rathenow, Schleicher aus Versen, Dykazy aus Braunsberg und Abraham aus Berlin.

HOTEL DE PARIS. Gutsb. Bröcker aus Labiszynek und Wirthschafts-Inspektor Burghard aus Neudorf.

HOTEL DE BERLIN. Rentier Siewert aus Berlin, Kaufmann Lesser aus Stargard, Agent Schwanke und Maurermeister Schwittay aus Trzemeszno, Landwirth Krause aus Marienwerder, Inspektor Ziokkowski und Dekonom Karlowski aus Sarbia, Bürger v. Kasinowski aus Swadzin und Landwirth Meißner aus Kiekrz.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Basch aus Neutomyśl, Rochocz und Guttmann aus Grätz.

EICHENER BORN. Kantor Silberberg aus Schwetz, die Kaufleute Winter aus Konin und Rosenberg aus Gnesen.

DREI LILIEN. Oberlehrer Primer aus Krotoschin und Gutsb. Soyka aus Briesen.

GOLDENER ADLER. Die Fräulein Schimschok und Kessel und die Kaufleute Kaphan, Robacki und Bärwald aus Schroda, Rogowski aus Wreschen und Buchhalter Flatau aus Santomyśl.

KRAKUS GASTHOF. Schreiber Głowacki aus Niechanowo.

ZUM LAMM. Die Handelsleute Holländer und Sachs aus Meseritz.

PRIVAT-LOGIS. Frau Oberlehrer Primer aus Krotoschin, St. Adalbert Nr. 46; Frau Major v. Hüllesheim aus Breslau, Friedrichsstr. Nr. 24; verwittw. Stadtsekretär Frau Fiebig aus Schmiegel, Berlinerstr. Nr. 29

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Ein im Polizeifache bewanderter Gehülfe, der **deutschen** und **polnischen** Sprache vollkommen mächtig, wird zum 1. Juli d. J. gesucht. Hierauf Reflektirende haben sich mit ihren Papieren portofrei an das königl. Distriktsamt zu **Neutomyśl** zu wenden.

Ein tüchtiger unverheiratheter Oekonom wird für ein größeres Gut mit 80 Thlr. Gehalt, freier Station zu engagiren gesucht. Das Nähere ist unter der Adresse **M. K.** poste rest. **Grätz** zu erfahren.

Ein Wirthschaftsschreiber
wird gesucht. Persönliche Meldungen in **Garby** bei **Schwersenz**.

Das Dom. **Chrzastowo** bei **Schrimm** wünscht zum 1. Juli c. eine Haushälterin (Wirthin) zu engagiren, welche die **gesammte** Hauswirthschaft in **allen** dahin gehörigen Fächern selbstthätig und selbständig, jedoch unter Oberleitung der Hausfrau zu führen vermag. Hierauf reflektirende Bewerberinnen wollen unter Vorlegung ihrer empfehlenden Atteste auf eigene Kosten unmittelbar sich an Ort und Stelle melden.

Kladderadatsch.
Vier geübte Kegelaufsteller finden sofort Beschäftigung.

Ein anständiges Mädchen sucht zur Stütze der Hausfrau oder als Nätherin ein Unterkommen. Näheres bei Madam **Karczewska**, Wallischei Nr. 3.

3 Thlr. Belohnung,

wer den kupfernen Kessel, circa 200 Quart groß, der am 19. in der Nacht auf dem Dominium **Kiekrz** gestohlen ist, ermittelt. Vor Ankauf wird gewarnt.

Ein Fohlen,
Grauschimmelstute, im 3. Jahre, ist am 20. Mai c. entlaufen. Der Unterzeichnete bittet den Einfänger, ihm baldigst Nachricht zu geben.
Garby bei **Schwersenz,** den 23. Mai 1860.
Lehmann, Gutsbesitzer.

Alle Diejenigen, welche an den Nachlaß des am 20. d. M. hierorts verstorbenen Kaufmanns **Marcus Gutherz** Forderungen zu haben vermeinen, wollen dieselben binnen acht Tagen bei dem Unterzeichneten geltend machen.
Lissa, den 22. Mai 1860.
Jacob Thorn
als Schwiegersohn.

M. 23. V. J. I. fällt aus.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung meiner ältesten Tochter **Therese** mit dem Kaufmann Herrn **Heimann Rosenberg** aus **Pleschen** beehre ich mich Verwandten und Freunden statt jeder besonderen Meldung anzuzeigen.
Gnesen, im Mai 1860.
Wwe. Julie Glücksmann.

Therese Glücksmann,
Heimann Rosenberg.
Verlobte.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Geburten. Ein Sohn dem Pastor Kuttner in Neubrück, dem Buchhändler Döring in Potsdam, dem Pastor F. Uhle in Seeburg, dem Rittmeister v. Schouler in Lüben, dem Hauptmann a. D. Otto Graf v. Schlieffen in Voßfeld, dem Hrn. Theodor Sarre und Hrn. A. Storch in Berlin, dem Hrn. Ernst Bodenstein in Magdeburg und dem Herrn Otto Koch in Neumark. Eine Tochter dem Rittergutspächter Zehe in Tempelberg; Hrn. C. v. Treskow in Friedrichsfelde, Maurermstr. August Dornbusch und Hrn. Paul Bürde in Berlin, Maurermstr. W. Ruthe in Gommern, Hrn. Gustav Schmidt in Altenweddingen, Hrn. Friedr. Böttcher auf der Zuckerfabrik Etgersleben, Oekonomiekommissarius C. Grube in Stendal, dem Premierlieutenant v. Manteuffel in Thorn, dem Premierlieutenant Bodo v. Rohr in Potsdam, dem Hrn. U. v. Barner in Trebtow nnd dem Hrn. Willy v. Lehsten in Lessendorf.

Todesfälle. Fr. v. Barsewisch in Berlin; Rittergutsbes. v. Stutterheim in Dothen; Buchhändler Kraß in Magdeburg; Major a. D. v. Kalkreuth in Brieg; Landschaftsrendant a. D. Kiersch in Bolkenhain; Rendant a. D. Tschentscher in Goldberg; Pfarrer Uherek in Königshütte; Stud. th. cath. Ortel in Löwitz; Frh. v. Reitzenstein in Pawlowitz; Polizeiinsp. a. D. Pluge, Kaufm. Stephan, Kand. d. jüd. Theol. Dr. Seligsohn, verw. Fr. Geh. Ob. Finanzräth. Thilo in Breslau; verw. Fr. Kaufm. Galli in Woitz; ein Sohn des Oekon. Komm. Thunig in Niebusch; Konditoreibes. Cantieni, Drechslermstr. Wrüske, Zimmermstr. Reinsch, verw. Fr. Becherer in Berlin; Hüttenmstr. A. Ulich in Kupferhütte bei Sangerhausen; Fr. A. Stegmann in Heteborn; Tuchmacher B. Kadelka in Nordhausen; Fr. Cl. Rienäcker in Erfurt; Fr. A. Schulze in Hermsdorf; Fr. Ch. Thomas in Gehofen; Frl. W. v. Corswant in Wolgast; Geh. Justiz- und Appell. Ger. Rath v. Leipziger in Naumburg; ein Sohn des Telepraphenvorst. v. Löwenstern in Gießen.

Keller's Sommertheater.
Königsstraße Nr. 1, Garten des Hrn. Nowacki.
Sonntag den 27. Mai **Eröffnung der Sommerbühne**. Zum ersten Male: **Heirathen**, Lustspiel in 1 Akt von Cölestin; dann zum ersten Male: **Der Hirsch**, oder: **Ein Gastmahl beim Förster,** Lustspiel in 2 Akten von C. Blum; dann: **Ein Arzt**, Lustspiel in 1 Akt von J. C. H. Wages; zum Schluß: **Herrmann und Dorothea,** Posse mit Gesang in 1 Akt von Weihrauch.

Vogt's Kaffeegarten.
Donnerstag den 24. d.
letztes Tanzkränzchen.

Sternke's Café restaurant
empfiehlt seine täglich 1½ Uhr stattfindende **Table d'hôte,** so wie sein **Mittags-Abonnement** pro Monat 8 Thlr. Aparte **Diners** und **Soupers** werden auf Bestellung in geschlossenen Räumen wie im Garten stets prompt **servirt**. **E. Sternke.**

Posener Marktbericht vom 23. Mai.

	von Rt	Sgr	Pf	bis Rt	Sgr	Pf
Fein. Weizen, Schfl. z. 16 Mtz.	2	27	6	3	2	6
Mittel-Weizen	2	22	6	2	25	—
Bruch-Weizen	2	12	6	2	15	—
Roggen, schwerer Sorte	1	27	6	2	1	3
Roggen, leichtere Sorte	1	22	6	1	25	—
Große Gerste	—	—	—	—	—	—
Kleine Gerste	—	—	—	—	—	—
Hafer	—	—	—	—	—	—
Kocherbsen	—	29	—	1	1	6
Futtererbsen	—	—	—	—	—	—
Winterrübsen, Schfl. z. 16 Mtz	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	—	12	—	—	15	—
Butter, 1 Faß (4 Berl. Qrt.)	1	25	—	2	5	—
Roth. Klee, Ct. 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Weißer Klee dito	—	—	—	—	—	—
Heu, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Stroh, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Rüböl, d. Ct. z. 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Spiritus am 22. Mai (per 100 Qrt. à 80 % Tr.)	16	25	—	17	5	—
" 23. "	16	25	—	17	5	—

Die Markt-Kommission.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.
Geschäfts-Versammlung vom 23. Mai 1860.
Roggen eröffnete wesentlich niedriger, besserte sich bis zum Schlusse und blieb fester, gekündigt 150 Wispel, pr. Mai 42 11/12 bez. u. Gd., pr. Mai-Juni 42 11/12 bez., pr. Juni-Juli 43 1/12—⅛—¼ bez. u. Gd., pr. Juli 43⅓ bez., pr. Juli-Aug. 43⅓ bez., ½ Gd.
Spiritus (pr. 8000 % Tralles) behauptete sich ziemlich gut, gekündigt 6000 Quart, mit Faß pr. Mai 17⅓ Br. u. Gd., pr. Juni 17⅓ bez. u. Gd., pr. Juli 17¾ Br., ⅝ Gd., pr. August 17 11/12 Br., ⅞ Gd.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½ % Staats-Schuldsch.	84	—	—
" 4 " Staats-Anleihe	—	—	—
" 4½ " "	99¾	—	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	104	—	—
Preuß. 3½ % Prämien-Anl. 1855	—	111½	—
Posener 4 " Pfandbriefe	—	99⅞	—
" 3½ " "	—	90⅞	—
" 4 " neue "	—	—	87¾
Schles. 3½ % Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ " "	—	—	—
Poln. 4 " "	—	87¼	—
Posener Rentenbriefe	91	—	—
" 4 % Stadt-Oblig. II. Em.	88½	—	—
" 5 " Prov. Obligat.	96	—	—
" Provinzial-Bankaktien	75	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
" Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	88½	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Wasserstand der Warthe:
Posen am 22. Mai Vorm. 7 Uhr 3 Fuß — Zoll.
" 23. " " " 2 " 10 "

Produkten-Börse.

Berlin, 22. Mai. Wind: West. Barometer: 28 3½. Thermometer: früh 10° +. Witterung: in der Nacht Regen, darauf heute hell.

Weizen loko 69 a 80 Rt. nach Qualität.

Roggen, loko 47 a 48 Rt., p. Mai-Juni 47½ a 47¼ a 47⅜ a 47 a 47¼ Rt. bez., Br. u. Gd., p. Juni-Juli 47½ a 47 Rt. bez. u. Gd., 47¼ Br., p. Juli-Aug. 47¼ a 47⅛ a 47 Rt. bez. u. Gd., 47¼ Br., p. Sept.-Okt. 47 a 47¼ a 46¾ Rt. bez. u. Gd., 47 Br.

Große Gerste 38 a 43 Rt.

Hafer, loko 26 a 29 Rt., p. Frühjahr 27 Rt. bez. u. Br., p. Mai-Juni 27 Rt. bez. u. Br., p. Juni-Juli 27 Rt. bez. u. Gd., p. Juli-Aug. 27¼ Rt. Br., 27 Gd., p. Sept.-Okt. 26½ Rt. Br., 26¼ Gd.

Rüböl, loko 10⅔ Rt. Br., p. Mai 10¾ a 10⅔ Rt. bez. u. Gd., 10 11/12 Br., p. Mai-Juni 10¾ a 10⅔ Rt. bez. u. Gd., 10 11/12 Br., p. Juni-Juli 10⅔ a 10⅔ Rt. bez. u. Gd., 10 11/12 Br., p. Sept.-Okt. 11 5/12 a 11⅓ Rt. bez. u. Br., 11 5/12 Gd., p. Okt.-Nov. 11½ a 11 13/24 Rt. bez. u. Gd., 11 7/12 Br.

Spiritus, loko ohne Faß 17⅞ a 17⅝ Rt. bez., p. Mai 17¾ a 17⅝ a 17⅝ a 17 19/24 Rt. bez., 17⅝ Br., 17¾ Gd., p. Mai-Juni 17¾ a 17⅝ a 17⅞ a 17 19/24 Rt. bez., 17⅞ Br., 17¾ Gd., p. Juni-Juli 17¾ a 17⅞ a 17⅞ a 17 19/24 Rt. bez., 17⅞ Br., 17¾ Gd., p. Juli-August 18⅛ Rt. bez., 18¼ Br., 18⅛ Gd., p. Aug.-Septbr. 18⅓ a 18⅜ Rt. bez. u. Gd., 18½ Br., p. Sept.-Okt. 18¼ a 18⅓ a 18¼ Rt. bez. u. Gd., 18⅓ Br.

Weizenmehl 0. 4 7/12 a 5 Rt., 0. u. 1. 4⅓ a 4⅔ Rt. — Roggenmehl 0. 3 7/12 a 3 11/12 Rt., 0. u. 1. 3⅓ a 3⅔ Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 22. Mai. Wetter warm, klare Luft. Wind: NW. Temperatur: + 19° R.

Weizen, loko gelber 75—79 Rt., schles. 74½ Rt. bez., Alles p. 85pfd., 85pfd. gelber p. Juni-Juli 78½ Rt. Gd. u. Br., p. Juli-Aug. 79 Rt. Br., 78½ Gd., p. Sept.-Okt. 78 Rt. Br.

Roggen, loko p. 77pfd. vorpomm. 45½ Rt. bez., 77pfd. p. Mai-Juni 45½ Rt. bez., 45 Gd., p. Juni-Juli 45 Rt. bez. u. Br., p. Juli-August und p. Sept.-Okt. 45 Rt. bez. u. Gd.

Gerste und Hafer ohne Handel.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
74½ a 77.	50½ a 53.	38 a 40.	29 a 30.

Erbsen 50½ a 53.

Rüböl, loko 10⅔, ¾ Rt. bez., p. Mai-Juni 10⅔ Rt. bez. u. Br., p. Juni-Juli do., p. Sept.-Okt. 11 7/12 Rt. bez. u. Gd., 11⅔ Br.

Spiritus, loko ohne Faß 17⅓ Rt. bez., p. Mai-Juni 17⅔ Rt. Br., ⅝ Gd., p. Juni-Juli 17 11/12 Rt. bez., p. Juli-Aug. 18⅓ Rt. Gd., p. Aug.-Sept. 18⅓ Rt. Gd., p. Sept.-Okt. 18 5/12, ⅓ Rt. bez., 5/12 Gd. (Ostf. Z.)

Breslau, 22. Mai. Wetter: Heute ist die Temperatur kühler, bedeckte Luft, früh + 11°.

Weißer Weizen 78—83—85—88 Sgr., gelber 78—80—83—85 Sgr.
Roggen 51—53—54—57 Sgr.
Gerste 42—45—46—48 Sgr.
Hafer 28—30—31 Sgr.
Erbsen 52—54—56 Sgr.
Oelsaaten ohne Handel.
Rother Kleesamen ordinärer 7½—8½ Rt., mittler 9—10 Rt., feiner 10½—11 Rt., weißer 12—14—17 Rt.
Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles) 16⅔ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen, p. Mai 41¾ Rt. bez. u. Gd., p. Mai-Juni 41¾ Rt. bez., p. Juni-Juli 41¾ Rt. bez., p. Juli-August 41¾—42¼—42 Rt. bez. u. Br.

Rüböl, loko 10½ Rt. bez., p. Mai und p. Mai-Juni 10½ Rt. Br., p. Juni-Juli 10 5/12 Rt. Br., p. Sept.-Okt. 10⅔ Rt. bez. u. Br.

Spiritus, loko 16¾ Rt. Gd, p. Mai und p. Mai-Juni 16⅔—16¾ Rt. bez. u. Br., p. Juni-Juli 16¾ Rt. bez., p. Juli-Aug. 17⅛ Rt. bez., p. Aug.-Sept. 17½ Rt. Br. (Br. Hdlsbl.)

Wollbericht.

Prag, 17. Mai. Die Zufuhren von Bauernwollen sind hier noch immer sehr spärlich, und es können die wenigen angelangten Käufer selbst ihren momentanen Bedarf nicht decken. Trotzdem sich die Preise hier billiger als auf dem Schlaner und Daubrowitzer Markt gestalten, so sind selbe nach dem Geschäftsgange im Ganzen noch immer zu hoch und zieht man die Preise der Londoner Auktion, wo die Wollen um 1½ bis 2 C. niedriger sind, so wie die Preise des Boschonczer als des Topoltschaner Marktes, woselbst doch viel bessere Wollen als unsere böhmischen Bauernwollen zum Verkauf kommen, in Betracht; so stellt sich heraus, daß wir hier immer noch einige Gulden zu hoch sind, und daß trotz des hohen Agio's momentan nichts nach dem Ausland exportirt werden kann, da man kaum den Einkaufspreis erzielt. Die Berichte von draußen sind nicht sehr ermuthigend und auf den inländischen Fabriksorten wie Brünn, Reichenberg, wird seit vierzehn Tagen über die Art des Absatzes und die Preise der Tuche geklagt.

München, 19. Mai. Hopfen, fast alle Vorräthe vergriffen. Hollebauer Waare 90—100 Fl. Fränkische Landwaare 80—95 Fl., 1857er Waare 25—30 Fl. per 112 Zollpfund.

Pesth, 18. Mai. Zu den am 10. und 15. d. in Tapolcsany abgehaltenen Wollmärkten wurden nahe an 2000 Ztr. Zweischuren (Winterwolle) zugeführt. Das ganze Quantum fand zu den Preisen von 110—115 Fl., einzelne Partien auch etwas höher, an inländische Fabrikanten und Händler raschen Absatz.

London, 19. Mai. Die Lebhaftigkeit, welche von vorneherein in unseren Auktionen von Kolonialwollen herrschte, hat sich bis zur Stunde unvermindert erhalten, indem die abgehenden Käufer beständig durch neue, sowohl vom Kontinente als aus dem Innern ersetzt werden. Die Zahl der deutschen und belgischen Käufer hat sich sogar vergrößert. Daher mehr Festigkeit seit einigen Tagen für mangelhafte und ungewaschene australische Tuchwollen, welche einen, obwohl wenig bemerkbaren, Rückgang erfahren hatten. Das bis jetzt verkaufte Quantum besteht in 5742 Bll. Sydney, 15,250 Bll. Port Philipp, 6344 Ball. Adelaide, 3282 Ball. Van Diemensland, 259 Bll. Neu-Seeland, 6091 Bll. Kap, zusammen 36,968 Ballen, wovon über 10,000 meistens gute Kammwollen, für französische Rechnung genommen sind. — In Liverpool bleiben die disponiblen Vorräthe von geringen Wollen beschränkt, und die Inhaber gangbarer Qualitäten zeigen sich sehr fest in ihren Forderungen. Verschiedene ziemlich bedeutende neue Zufuhren von Entre-Rios und Peru haben sofort nach Ankunft zu guten Preisen Nehmer gefunden.

Hopfen.

Poperinghe, 18. Mai. Hopfen 80 Fr. pro 50 Kil.

Telegraphischer Börsen-Bericht.

Hamburg, 22. Mai. Weizen loko ruhiger, nur ganz einzeln gestrige Preise, ab Auswärts zu gestrigen Preisen ruhig. Roggen loko ruhig, ab Ostsee angetragen. Oel Mai 24, Oktober 25½. Kaffee beschränktes Geschäft.

Fonds- u. Aktienbörse.
Berlin, 22. Mai 1860.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	— —
Aachen-Mastricht	4	15¾ G
Amsterd. Rotterd.	4	70½-¾ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	77-½ bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	108 bz
Berlin-Hamburg	4	104 G
Berl. Potsd. Magd.	4	125½ bz
Berlin-Stettin	4	97 bz
Bresl. Schw. Freib.	4	79 bz
Brieg-Neiße	4	53½ bz u B
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	125 bz u B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	32 bz
do. Stamm-Pr.	4½	— —
do. do.	4	— —
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Bexb.	4	125 bz
Magdeb. Halberst.	4	186 G
Magdeb. Wittenb.	4	34 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	94½ B
Mecklenburger	4	44¾-45 bz u B
Münster-Hammer	4	— —
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	90½-¼ bz
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	46½-47 bz u B
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	116 bz
do. Litt. B.	3½	107½ G
Oest. Franz. Staat.	5	128-27-½ bz u B
Oppeln-Tarnowitz	4	30½-30 bz
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	49⅛ B
Rheinische,	4	78 bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	43 bz
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Stargard-Posen	3½	78 bz
Thüringer	4	99 bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	116 G
Berl. Handels-Ges.	4	75 G
Braunschw. Bk. A.	4	64 bz
Bremer do.	4	95½ Kl bz u G
Coburg. Kredit-do.	4	50¾ G
Danzig. Priv. Bk.	4	80 B
Darmstädter abgst.	4	60 bz u G
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	91½ G
Dessauer Kredit-do.	4	15-⅜ bz u B
Disk. Comm. Anth.	4	79¾ bz
Genfer Kred. Bk. A.	4	25¼-⅛ bz u G
Geraer do.	4	70 etw bz
Gothaer Priv. do.	4	71½ B
Hannoversche do.	4	89 bz
Königsb. Priv. do.	4	82½ bz
Leipzig. Kredit-do.	4	58½ G
Luxemburger do.	4	77½ etw bz
Magdeb. Priv. do.	4	74 B
Meining. Kred. do.	4	63 bz
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	78 G
Oestr. Kredit- do.	5	67-67½ bz
Pomm. Ritt. do.	4	67 G
Posener Prov. Bank	4	74 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	125 G
Rostocker Bank Akt.	4	100 B
Schles. Bank Verein	4	73 B
Thüring. Bank-Akt.	4	47 etw bz u G
Vereinsbank, Hamb.	4	97 G
Waaren-Kred. Anth.	5	90 B
Weimar. Bank-Akt.	4	76½ B

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A.	5	82¾ B
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	— —
Hörder Hüttenv. Ak.	5	70 bz
Minerva, Bergw. A.	5	26½ bz
Neustädt. Hüttenv. A	5	4 B p. St.
Concordia	4	— — [fco. Zins.
Magdeb. Feuerverf. A	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	79½ B
do. II. Em.	4	79 B
do. III. Em.	4½	84 B
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	5	100½ B
do. II. Ser.	5	99½ bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	72 B
do. Düsseld. Elberf.	4	82 bz
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	— —
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	95⅛ G
do.	4½	99¼ G
Berlin-Hamburg	4½	102 G
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	89½ B
do. Litt. C.	4½	97¾-½ bz
do. Litt. D.	4½	96¾ bz
Berlin-Stettin	4½	98¾ B
do. II. Em.	4	83 G
do. III. Em.	4	81¼ G
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	100 B
do. II. Em.	5	102½ B
do.	4	— —
do. III. Em.	4	— —
do.	4½	88½ B
do. IV. Em.	4	79½ B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
Magdeb. Wittenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	91 B
do. conv.	4	90¾ B
do. conv. III. Ser.	4	— —
do. IV. Ser.	5	101½ bz
Nordb., Fried. Wilh	4½	100 G
Oberschles. Litt. A.	4	92 G
do. Litt. B.	3½	78¾ B, C. —
do. Litt. D.	4	84¾ bz
do. Litt. E.	3½	72 B
do. Litt. F.	4½	— —
Oestreich. Französ.	3	252 bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	I. 98¾ B, II. 98 [B
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staatgarant.	3½	— —
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	83½ B
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4½	100⅜ G
do. III. Ser.	4½	98½ B
do. IV. Ser.	4½	95½ G

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	99½ bz
Staats Anl. 1859	5	103¼-½ bz
do.	4½	99 bz
do. 1856	4½	99 bz
do. 1853	4	93¼ bz
N. Präm St A 1855	3½	112 G
Staats-Schuldsch.	3½	83¼ G
Kur- u Neum. Schldv	3½	— —
Berl. Stadt-Oblig.	4½	— —
do. do.	3½	80¾ B
Berl. Börsenh. Obl.	5	— —
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	87 bz
do.	4	— —
Ostpreußische	3½	81¼ G
do.	4	90⅛ bz
Pommersche	3½	85½ bz
do. neue	4½	94⅝ bz
Posensche	4	— —
do.	3½	80¾ G
do. neue	4	87⅞ bz
Schlesische	3½	— —
B. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	81 bz
do.	4	89½ bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	93 bz
Pommersche	4	92½ G
Posensche	4	91 B
Preußische	4	91¾ bz
Rhein- u. Westf.	4	92¼ bz
Sächsische	4	93⅛ bz
Schlesische	4	93¼ B

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	49¾ G
do. National-Anl.	5	57⅛ etw-⅜ bz
do. 250fl. Präm. O.	4	73 B, 72¼ G
do. neue 100fl. Loose	—	51 bz u G
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	94¾ G
6. do.	5	105 B
Englische Anl.	5	105¼ G
N. Russ. Egl. Anl.	3	63 bz
Poln. Schatz-O.	5	84⅝ B
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	4	93 bz
do. B. 200 Fl.	-	22¾ G
Pfdbr. u. in SR.	4	87¾ G
Part. O. 500 Fl.	4	90½ etw bz
Hamb. Pr. 100 BM	—	84½ G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	42½ u 42¾ etw bz
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	30 B
Dessau. Präm. Anl.	3½	90½ etw bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 2¾ bz
Louisd'or	—	108½ B
Sovereigns	—	6. 19 bz
Napoleonsd'or	—	5. 8¼ G
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	454¼ bz
Dollars	—	1. 11⅛ B
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ bz
Fremde Banknot.	—	99¼ bz
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅞ bz
Fremde kleine	—	99¼ G
Oestr. Banknoten	—	74½ bz
Poln. Bankbillet	—	88¾-⅝ bz

Wechsel-Kurse vom 22. Mai.

Amsterd. 250 fl. kurz	3	141⅛ bz
do. 2 M.	3	141⅛ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2	150⅝ bz
do. do. 2 M.	2	150¼ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 17¾ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79 1/12 bz
Wien öst. W. 8 T.	-	73⅝ bz
do. do. 2 M.	6	73⅛ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 20 G
Frankf. 100 fl. 2 M.	3	56. 22 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99¾ bz
do. do. 2 M.	4	99 5/12 G
Petersb. 100 R. 3 W.	4	96⅛ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	107⅛ bz
Warschau 90 R. 8 T.	-	88⅝-¼ bz u G
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

An der heutigen Börse war der Verkehr ziemlich belebt. Gegen den Schluß hin war die Stimmung etwas matter, der wirkliche Börsenschluß war jedoch wieder fester.

Breslau, 22. Mai. Feste Stimmung bei etwas höheren Kursen der schweren Eisenbahnaktien und geringen Veränderungen der östr. Papiere.

Schlußkurse. Oestreichische. Kredit-Bank-Aktien 67—67½ bez. Schlesischer Bankverein 73 Br. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 78¾ Gd. dito 4. Emiss. —. dito Prior. Oblig. 83½ Br. dito Prior. Oblig. 90¾ Br. Köln-Mindener Priorit. —. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn —. Mecklenburger —. Neisse-Brieger 53½ Br. Nieder-schlesisch-Märkische —. Oberschlesische Lit. A. u. C. 115½ Br. dito Lit. B. —. dito Prior. Obligat. 84 11/12 Br. dito Prior. Oblig 89½ Br. dito Prior. Oblig. 71½ Gd. Oppeln-Tarnowitzer 29½ Gd. Wilhelmsbahn (Kosel-Oderberg) —. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior. Obl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., Dienstag, 22. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Börse günstig gestimmt. Oestr. Fonds, Aktien und Industriepapiere besser bezahlt.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe —. Preuß. Kassenscheine 105½. Ludwigshafen-Bexbach 125. Berliner Wechsel 105½. Hamburger Wechsel 88½. Londoner Wechsel 116⅞. Pariser Wechsel 92⅞. Wiener Wechsel 86¼. Darmstädter Bankaktien 152. Darmstädter Zettelbank 230. Meininger Kreditaktien 64. Luxemburger Kreditbank 78⅛. 3% Spanier 44½. 1% Spanier 36⅜. Span. Kreditbank Pereira 470. Span. Kreditbank v. Rothschild 465. Kurheß. Loose 42⅞. Badische Loose 52⅜. 5% Metalliques 49. 4½% Metalliques 43. 1854er Loose 69½. Oestr. National-Anlehen 56½. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 211. Oestr. Bankantheile 755. Oestr. Kreditaktien 157½. Oestr. Elisabethbahn 136½. Rhein-Nahebahn 42½. Mainz-Ludwigsh. 95½.

Hamburg, Dienstag, 22. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Börse fest.

Schlußkurse. Oestr. Franz. Staatsbahn —. National-Anleihe 57. Oestr. Kreditaktien 66½. 3% Spanier 41⅞. 1% Spanier 33½. Stieglitz de 1855 —. 3% Russen 1859 —. Vereinsbank 98. Norddeutsche Bank 80. Magdeburg-Wittenberg —. Nordbahn —. Diskonto 1¾. London lang 13 Mk. ¾ Sh. notirt, 13 Mk. 1⅛ Sh. bez. London kurz 13 Mk. 2¾ Sh. notirt, 13 Mk. 3⅜ Sh. bz. Amsterdam 35, 95. Wien 103, 50.

Paris, Dienstag, 22. Mai, Nachmittags 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 68, 80, stieg, als es hieß, daß zwischen den Mächten in Betreff Siciliens eine Uebereinstimmung herrsche, auf 69, 25 und schloß sehr fest zur Notiz. Konsols von Mittags 12 Uhr waren 94⅞ eingetroffen.

Schlußkurse. 3% Rente 69, 20. 4½% Rente 95, 40. 3% Spanier 46½. 1% Spanier 36⅞. Oestr. Staats-Eisenb. Akt. 493. Oestr. Kreditaktien —. Credit mobilier Akt. 657. Lomb. Eisenb. Akt. —.

Amsterdam, Dienstag, 22. Mai, Nachmittags 4 Uhr.

Schlußkurse. 5proz. Oestr. Nat. Anl. 54⅝. 5proz. Metalliques Lit. B. 71. 5% Metalliques 47 5/16. 2½proz. Metalliques 25 11/16. 1proz. Spanier 36 11/16. 3proz. Spanier 45⅝. 5proz. Russen Stieglitz de 1855 99⅞. Londoner Wechsel, kurz 11, 70. Hamburger Wechsel 35 5/16. Holländische Integrale 63⅞.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.